

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Zwei Zeitungsbüchlein und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (bei Haus 2 RM, Halbmonatlich 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-U. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 590, Dresdner Verlagsgesellschaft / Geschäftsleitung: Dresden-U. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Mittwoch, den 22. Juni 1927 Nummer 143

## Offensive der Mietwucherer

Die Bürgerblodregierung beabsichtigt bekanntlich, das Reichsmietengesetz und das Mieterzuschußgesetz auf weitere zwei Jahre zu verlängern, wollte aber bereits ab Juli zwei Abänderungsvorlagen in Kraft setzen, mit denen der Mieterzuschuß weiter durchlöcheriert werden soll. Wie nun mitgeteilt wird, sind die Vorberhandlungen über diese beiden Abänderungsvorlagen noch nicht abgeschlossen worden. Deshalb beabsichtigt man, das am 30. Juli ablaufende Reichsmietengesetz zu verlängern und bis spätestens zum 31. Dezember die bekannten Abänderungsvorlagen unter Dach und Fach zu bringen. Schon das Bekanntwerden dieser möglichen Verzögerung der Inkraftsetzung der geplanten Abänderungsvorlagen hat die Hausbesitzerorganisationen auf den Plan gerufen. Mit den Mitteln der Drohung versuchen sie, ihre Ziele auf unnötige Befristung des Mieterzuschusses und der Mieterrechte durchzusetzen. Sie versuchen sowohl die Abgeordneten als auch die Reichsregierung völlig in den Dienst der Hausbesitzer gegen die Mieterchaft einzuspannen. Die Abgeordneten, die sich gegen einen Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung auf systematischen Abbau des Reichsmietens- und Mieterzuschusses zur Wehr setzen, haben folgendes Schreiben vom Verband rheinischer Haus- und Grundbesitzer erhalten:

In der Anlage unterbreiten wir Ihnen einen heute an die Regierung gerichteten Protest gegen die Verschleppung der angekündigten Abänderungsgesetze in Bezug auf Reichsmietengesetz und Mieterzuschußgesetz. Gleichzeitig sprechen wir auch Ihnen und den von Ihnen vertretenen Parteien unsere schärfste Mißbilligung darüber aus, daß Sie den Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung, deren Entwurf eines Übergangsgesetzes zur Regelung der Mietverhältnisse auf die Tagesordnung des Reichstages zu setzen, lediglich zur Ueberweisung an den Wohnungsausschuß abgelehnt haben.

Wir erwarten, daß Sie unter allen Umständen sich auch jetzt noch dafür einsetzen werden, daß nicht ohne weiteres die Zwangsgesetze über den 30. d. Mts. hinaus verlängert werden, sondern daß zum mindesten die schreiendsten Härten beseitigt werden, soweit sie nicht gemein haben mit einem etwa notwendigen Schutz ordentlicher und ehrlicher Mieter, sondern nur einen Hohn auf die deutsche Gesetzgebung darstellen und für den Hausbesitzer direkt entwürdigend und existenzgefährdend sind. Besonders weisen wir darauf hin, daß die Gesamtwirtschaft nach wie vor durch die Zwangswirtschaft auf's schmerzhafteste in Mitleidenschaft gezogen wird und bei Weiterbestehen der Zwangswirtschaft auf eine irgendwie durchgreifende Beteiligung des Privatkapitals am Baumarkt nicht zu rechnen ist.

Das Reichsarbeits- und Reichsjustizministerium ist den Hausagrarierern scheinbar noch nicht entgegenkommend genug.

deshalb haben auch diese beiden Ministerien folgende Warnung durch die genannten Organisationen erhalten:

Mit Befremden und Entrüstung müssen wir aus dem Umstand, daß die Reichsregierung bis heute, den 19. Juni, noch keinerlei Vorlage zu der am 30. d. M. ablaufenden Zwangsgesetzgebung betreffs Reichsmietengesetz und Mieterzuschußgesetz dem Reichstage hat zugeben lassen, auf die Absicht schließen, daß, wenn überhaupt noch eine Vorlage kommt, dem Reichstage die Möglichkeit genommen sein soll, in eine ernsthafte Beratung einzutreten und ihn zu zwingen, einer Verlängerung der Zwangsgesetze ohne oder ohne wesentliche Abänderungen zustimmen zu müssen.

Nach den bei den verschiedenen Anlässen von der Regierung dem Reichstage und unteren Organisationen abgegebenen Erklärungen, daß auch die Zukunft, welche durch die Zwangsgesetze geschaffen seien, als unhaltbar betrachte und in nächster Zeit ein Uebergang zur freien Wirtschaft geschaffen werden müsse, lehnen wir in dem jetzigen Verhalten der Regierung eine durch nichts mehr zu überbietende Rücksichtslosigkeit gegenüber den schwerwiegendsten Lebensnotwendigkeiten weitrer Kreise der Bevölkerung. Die Regierung scheint sich nicht allein hinwegsetzen zu wollen über die von ihr selbst anerkannten Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten, in welchen der Hausbesitz sich durch die Zwangsgesetzgebung befindet, sondern sie scheint auch alle die in den sachlich begründeten Kundgebungen der Spitzenorganisationen aus Landwirtschaft, Handwerk, Handel, Industrie und Kreditinstituten aufgestellten Forderungen zur Beseitigung der Zwangswirtschaft, vollständig mißachten zu wollen.

Wir erheben gegen dieses Verhalten der Regierung den allerhöchsten Protest und werden nicht unversucht sein, um endlich eine Erfüllung der wiederholten Zusagen der Regierung herbeizuführen.

Die Freiheit der Hausagrarier kennt keine Grenzen. Der unerhörte Vorstoß dieser Mietwucherer, die nichts unversucht lassen, um ihre Ziele durchzusetzen, sollte den Millionenmassen der Mieter zum Vorbild dienen. Wenn die Mieterchaft ebenbürtig einmütig und geschlossen ihre Interessen gegen den Willen der Hausbesitzer vertreten würde, wäre es ein leichtes, die frechen Angriffe und Mietwucherpläne der Hausagrarier abzuwehren. Die Arbeiterchaft und die werktätige Bevölkerung darf sich keinen Augenblick im unklaren darüber sein, daß die Bürgerblodregierung den Wünschen und der unerfülllichen Sehnsucht der Hausbesitzer Rechnung tragen und ihre Wünsche erfüllen wird. Soll das verhindert werden, dann muß die werktätige Bevölkerung dem Rufe des Kongresses der Werktätigen folgen und in geschlossener Abwehrfront gegen die schändlichen Pläne der Hausbesitzer und der Bürgerblod-Regierung zusammentreten.

## Zur Genfer Flottenabrüstungskonferenz

Am 20. Juni ist in Genf die von den Vereinigten Staaten einberufene Seearüstungskonferenz zusammengesetzt — von vornherein mit einem kleinen „Schönheitsfehler“ behaftet, da nur England, Japan und die Vereinigten Staaten ihre Vertreter entsandt haben, während Italien und Frankreich sich auf die Entsendung inoffizieller „Gehobener“ beschränkten. Zweck der Konferenz ist — abgesehen von den Bedürfnissen des Herrn Coolidge, sich zu Hause als „Friedensengel“ aufzuführen — die Ausgleichung der „Unvollkommenheiten“, die sich an dem Ergebnis der Washingtoner Seearüstungskonferenz von 1921 herausgestellt hatten. Damals verabredeten die drei großen Seemächte eine Regelung ihres Bestandes an Großkampfschiffen; es wurden dafür Höchstgrenzen sowohl in Bezug auf die Größe des einzelnen Schiffes (höchstens 35 000 Tonnen, bei Flugzeugmutter Schiffen 27 000 Tonnen Wasserdrängung), als in Bezug auf den Gesamtbestand jeder einzelnen Flotte festgelegt: der Flotte Englands, der Vereinigten Staaten und Japans an Großkampfschiffen wurde im Verhältnis von 5:5:3 geregelt.

Diese Leistung des Friedensengels wies aber bald ihre großen Lücken auf — nicht nur vom Standpunkte der pazifistischen Illusionen, sondern auch vom Standpunkte der realen Interessen der großen Seemächte. Man hatte sich in Washington auf eine Regelung des Bestandes an Großkampfschiffen einigen können, weil schon damals die Entwicklung der Seefriegstechnik mehr auf den Ausbau der kleineren Einheiten (U-Boote, große Zerstörer und Kreuzer, Flugzeugmutter Schiffe) hinwies; die Admiraltäten der großen Seemächte sahen im weiteren Bau von teuren Großkampfschiffen, die jederzeit durch ein kleines U-Boot verlegt werden konnten, keinen militärischen Vorteil, sondern nur eine finanzielle Belastung, die ihnen durch die gegenseitige Konkurrenz aufgezogen wurde. Daher das Bestreben, durch Ausschaltung dieser Konkurrenz allen Beteiligten den kostspieligen Bau von Schiffen zu ersparen, die — nach dem Ausbau eines amerikanischen Hochseeschiffes — im Kriegsfalle „am besten im Mississippi verankert“ werden müßten. Weiter ging ihre „Friedensliebe“ nicht — sie reichte nicht so weit, dem Bau von kleineren Kriegsschiffen, von denen man sich mehr erhoffte, irgendwelche Grenzen zu setzen. Diese Selbstbeschränkung hatte aber üble Folgen: die kleineren Seemächte (vor allem Frankreich und Italien) warfen sich nun mit aller Energie auf den Bau von U-Booten, Zerstörern usw. Waffen, die sowohl technisch aussehender als auch finanziell für das (relativ zu den großen Weltmächten) beschränkte Marinebudget vieler Länder geeigneter waren — und diese Massenproduktion von kleinen, leistungsfähigen (ein U-Boot kann heute ohne Erneuerung seines Kraftstoffvorrates die ganze Erde umfahren, während ein Großkampfschiff mindestens viermal unterwegs Brennstoff einnehmen muß) und gefährlichen Fahrzeugen war für die großen Seemächte natürlich unangenehm — besonders für England, dessen Großkampfschiff durch die französischen U-Bootbauten mit der Entwertung bedroht war. Dies führte zu verächtlicher Rüstung Englands, das mit Frankreich, dem vermuteten Gegner im nächsten Kriege, Schritt halten mußte — und deshalb wieder zu einer Beunruhigung Nordamerikas, das kein Ubergewicht der englischen Flotte dulden will.

So erklärt es sich, daß gerade die Vereinigten Staaten ihr Herz für den Weltfrieden entboten, daß England und Japan, die mit ihnen immerhin gewisse gemeinsame Interessen gegen die kleinen Seemächte haben, wenigstens bevollmächtigte Vertreter zur Konferenz entsandten, während Italien und Frankreich wenigstens offiziell zu Hause blieben: sie haben kein Interesse daran, den Großmächten bei der Wiederherstellung ihres maritimen Ubergewichtes noch behilflich zu sein.

Aber auch die Interessen der großen Seemächte laufen auseinander — und dieser Gegensatz trat schon in den Erklärungen ihrer Vertreter in der Eröffnungssitzung zutage. Am weitesten gingen im „Nazismus“ begrifflicher Weise die Einberufer, die Vereinigten Staaten: sie fordern eine Begrenzung des Bestandes aller, auch der kleinsten Seefampfmittel, im selben Verhältnis, wie es in Washington für die Großkampfschiffe festgelegt wurde. Das heißt mit anderen Worten nichts anderes, als daß sie auch auf diesem Gebiete das gegenwärtige Ubergewicht Englands befestigen wollen (und zwar soll dies bei einem möglichst niedrigen Flottenstand geschehen, damit die Vereinigten Staaten nicht gezwungen werden, das gegenwärtige englische Ubergewicht durch kostspielige Neubauten einzuholen, sondern damit im Gegenteil England zum Abrücken eines Teiles seiner Flotte veranlaßt wird). Gleichgewicht der Tonnage nach, wie es die Vereinigten Staaten fordern, würde aber in Wirklichkeit ihr Ubergewicht im Kriegsfalle bedeuten — denn im Gegensatz zu England und Japan besitzt Nordamerika alle notwendigen Kohlen- und Lebensmittel in eigenen Händen, braucht also im Kriegsfalle keine wesentlichen Teile seiner Flotte zum Schutze des Handelsverkehrs abzuweichen, während der für Schlachtzwecke verfügbare Teil der englischen und japanischen Flotte durch solche Abgaben wesentlich geschwächt wäre.

Es ist klar, daß solche Vorschläge nicht auf die begeisterte Zustimmung Englands stoßen können — der englische Friedensengel hat denn auch sehr viel lahmere Flügel. Das gegenwärtige Verhältnis soll nur für Kreuzer über 10 000 Tonnen festgelegt werden; bei kleineren Schiffen soll weitere Rüstungsfreiheit bestehen; nur die Größe eines einzelnen Schiffes

## Die neue Bibel der Klassenjustiz

Das neue Strafgesetzbuch des Bürgerblods vor dem Reichstag.

Berlin, den 21. Juni.

Der Bourgeois leidet das Strafgesetzbuch aus dem Jahre 1871 nicht mehr aus. Um das Proletariat nicht zu halten, um jede revolutionäre Erhebung bereits im Vorbereitungstadium gesteigerter Klassenkämpfe niederzuschlagen zu können, verlagert die Kapitalistenklasse die neue unerhörte Verschärfung der Klassenjustiz. Dielem Zweck dient das neue Strafgesetzbuch, das geschnitten ist auf die Sicherung der Ausbeuterherrschaft und gerade deshalb dem einzelnen Klassenrichter vollste Urteilsvollmacht zubilligt, also die Herrschaft der schrankenlosesten Justizwillkür aufrichtet. In der Dienstagsitzung des Reichstages fand die erste Lesung der neuen Bibel der Klassenjustiz statt. Die kommunistische Partei machte den Versuch, die erste Lesung des Schandgesetzes hinauszuverschieben. Bürgerliche und Sozialdemokraten verhinderten das, wohl, weil sie es gleichwohl eilig haben mit der Verschärfung der bürgerlichen Klassenjustiz. Und dann im Sprach der Klassenjustizminister, der Deutschnationale Herrg. Seine Rede war ölig und schleimig. Das neue Strafgesetzbuch bezeichnete er als ein Kulturdokument für ein Jahrtausend. Dann aber klang es doch durch, daß die Rolle der bürgerlichen Justiz ist, die Arbeiterchaft niederzuhalten. Der Staat müsse geschützt werden vor der „Aufspaltung der Massen“. Ruhe, Sicherheit und Ordnung sind das Motto, das Herrg dem Gesetz gibt. Proletariat kennt der Minister vor dem Gesetz nicht; er unterscheidet zwischen „Staatsbürgern und Verbrechern“, wobei die Verbrecher natürlich identisch mit Proleten sind.

Dann ließ man den volksparteilichen Professor Kahl die Klassenjustiz verteidigen. Er sprach von der Ausmerzung des Mißtrauens gegen die Justiz; er proklamiert die Entpolitisierung des Strafrechts und beschwor (beutlich an die Adresse der Sozialdemokratie sich richtend) die Parteien, ein Kompromiß abzuschießen. Ganz im Sinne der künstlich erzeugten Feiertagsstimmung des Reichstages hielt Landsberg für die Sozialdemokratie eine selbst für diesen Reformisten sehr leichte Rede. Von politischer Justiz wollte er nicht sprechen; leise wandte er sich gegen die Todesstrafe und einige wenige Strafbestimmungen des neuen Strafgesetzbuchs. Schließlich forderte der Deutschnationale Herrg mit erzkühler Oberlippe den härtesten Kampf der Justiz gegen das revolutionäre

Dann wurde die Reichstagsitzung abgebrochen und die Weiterberatung auf Mittwoch den 22. Juni festgelegt, wo für die kommunistische Partei der Genosse Koenen Harse Abrechnung mit der Klassenjustiz und ihrem neuesten Produkt, dem neuen Strafgesetzbuch, halten wird. (Sitzungsbericht siehe zweite Seite.)

## Außenpolitische Debatte im Reichstag

Am Donnerstag soll die große außenpolitische Debatte im Reichstag beginnen. Damit die Regie Klapp, wird bereits jetzt von den Regierungsparteien die Vorbereitung in interfraktionellen Besprechungen getroffen. Die interfraktionelle Sitzung, die für heute Mittwoch angelegt ist, soll sich u. a. mit der Frage beschäftigen, ob eine gemeinsame Erklärung der Regierungsparteien zur Außenpolitik in Frage komme oder ob die einzelnen Koalitionsparteien das Wort nehmen werden. Blättermeldungen zufolge wird die Volkspartei den Abgeordneten Dr. Japp als Redner vorkürzen. Vom Zentrum wird der Abgeordnete Kah sprechen. Der Zentrumsmann soll auch die event. gemeinsame Erklärung der Regierungspartei abgeben. Für die sozialdemokratische Fraktion wird der Auslandreisende Freilich in Blätterbündel- und Locarnopolitik machen.

## Amerika droht

Wie aus Newport gemeldet wird, betonen die politischen Kreise in Washington, daß Americas Programm auf der Genfer Seearüstungskonferenz bis an die Grenze des Möglichen gehe, da sonst die amerikanische Flotte denen Englands und Japans unterlegen wäre. Coolidge habe den Kongress nur mit Mühe an der Annahme eines starken Kreuzerprogramms hindern können. Falls die Genfer Verhandlungen mit einem Mißerfolg enden sollten, bestünde die Möglichkeit, daß die Befürworter

F  
Co.  
Pinsel  
axonia  
Straße 13  
Konditorei  
PPEL  
free  
s der  
ten  
aler  
ce-  
sterei  
PILZ  
affbrja  
waren  
sche  
he 81  
lligen  
Strehe  
ITZ  
schen  
ckor  
Möb  
T  
he 80  
ungshö  
I  
DERSCH  
er Straße 1  
ant  
ware  
K  
W  
wa  
uchp

hoff bei Kreuzern und Zerstörern (nicht bei U-Booten) beschränkt werden, zum Vergleich der Vereinigten Staaten, die gegenwärtig gerade Verträge mit der Aufstellung schwerer Geschütze auf kleinen Schiffen schließen (die dazu natürlich eine gewisse Mindestgröße bedürfen müssen) machen ebenfalls Widerstand. Es den amerikanischen Interessen, wenn der englische Friedensengel eine Herabsetzung der bei den Großkampfschiffen zulässigen Geschützgröße und eine Verlängerung der Lebensdauer der Großkampfschiffe vorschlägt — wodurch die Hauptkräfte der amerikanischen Großkampfschiffe, ihr moderner Bestand und ihre erprobteste Ausrüstung getroffen werden sollen.

Noch weiter geht in dieser Richtung Japan, das offenbar für den Fall eines Krieges gegen die Vereinigten Staaten auf englische Beistand rechnet: das gegenwärtige Verhältnis der Mächte zueinander (das England und Japan günstig ist) soll endgültig festgelegt werden, wobei aber (im japanischen Interesse) die in den einzelnen Ländern schon beschlossenen, aber noch nicht im Bau befindlichen Schiffe mitgerechnet werden sollen (Nordamerika hat — im Gegensatz zu Japan — mit dem Bau neuer Schiffe noch zugewartet, um sich dem Ergebnisse der Genfer Konferenz anpassen zu können). Die kleineren Schiffe sollen von der Beschränkung ausgenommen sein. Japan sucht seinen Schutz gegen die übermächtige amerikanische Flotte in der gleichen Richtung wie Frankreich und Italien gegen England: im verstärkten Bau von U-Booten. Und so erklärt es sich auch, daß England und Amerika sich „im Prinzip“ einem Verbot der U-Bootwaffe geneigt zeigen — und daß sie sich ebenfalls volle Rüftungsfreiheit vorbehalten wollen für den Fall, daß eine „nicht an der Konferenz beteiligte Macht (gemeint ist Frankreich) ein großes Rüftungsprogramm aufstellt“, wie es in der amerikanischen Denkschrift heißt.

In Genf wird jetzt nicht um Erlösung der Menschheit von der Kriegskultur um See gekämpft, sondern um die durch Kriegsschiffe und Waffen getriebene Macht über die Meere. Bringt dieser Kampf jetzt nicht einen Waffenstillstand, so wird die Genfer Konferenz das letzte Signal zum verstärkten Wettwaffen zur See und zum neuen Weltkrieg. So strebt die deutschnationale Berliner Börsenzeitung und hat damit recht, verheimlicht freilich die noch näherliegende Kriegsgefahr des gemeinsamen Kampfes der imperialistischen Räuber gegen die russische und chinesische Revolution. Aber freilich, würde dieser nächste Krieg mit einem Siege der Imperialisten enden, wäre das Proletariat nicht imstande, diesen Krieg in den Bürgerkrieg zu verwandeln, der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft ein Ende zu bereiten — dann müßte unter den imperialistischen Räubern der Kampf um die Beute entbrennen — und den Auftakt zu ihm hätten die Friedensschmeißen von Genf gebildet.

## Gegen den Zollwucher

Ein Vorkampf der kommunistischen Landtagsfraktion in Sachsen.

Nirgends wirkt sich die Wucherpolitik der Bürgerblockregierung so verhängnisvoll aus wie in Sachsen. Die Lebenshaltungskosten der auf engem Raum zusammengedrängten sächsischen Bevölkerung werden durch die Wucherpolitik der Reichsregierung maßlos verteuert. Die kommunistische Landtagsfraktion hat deshalb im sächsischen Landtag folgenden Antrag eingebracht:

Die Reichsregierung hat die Erhöhung der Zölle auf Zucker, Kartoffeln und Schweinefleisch beschlossen.

Der Kartoffelzoll soll ab 1. Dezember 1927 auf 1 Mt. vermindert werden. Der Zoll auf Schweinefleisch soll von 21 Mt. auf 12 Mt. sinken. Der Zuckerzoll wird von 10 Mt. auf 15 Mt. erhöht. Die Zölle auf Brotgetreide, der Mehlszoll, bleiben in der bisherigen unerhöhten Höhe bestehen. Das Kontingent des zollfrei eingeführten Geflügelfleisches soll noch weiter herabgesetzt werden.

Diese Maßnahmen der Reichsregierung bedeuten eine neue Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel der breiten Massen. Die Zollpolitik, die die Bürgerblockregierung im Interesse der Junker betreibt, muß sich besonders verhängnisvoll auf die Lebenshaltung der breiten Massen im industriellen Sachsen auswirken. Die Lebenshaltungskosten liegen in Sachsen seit jeher über dem Reichsdurchschnitt. In stand der Reichsdurchschnitt im Mai 1927 auf 146,5 während der Index in S i d a u i. S o. im gleichen Monat 156,2 betrug. Die Beseitigung der jetzigen Wucherzölle ist deshalb eine Lebensfrage für die werttätige Bevölkerung.

Der Landtag wolle deshalb beschließen:

Die Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung und im Reichsrat zu fordern:

Beseitigung aller Zölle auf Lebensmittel und Massenfleisch.

Im Falle der Ablehnung dieser Forderung:

a) Einspruch zu erheben gegen die Zollerhöhungen der Reichsregierung;

b) Aufhebung jeder Beschränkung der Geflügelfleischzufuhr bei der Reichsregierung zu verlangen.

Dresden, am 21. Juni 1927.

Wötter

und die übrigen Mitglieder d. kommunistischen Landtagsfraktion.

## Der Sowjetgranatenfchwinkel erledigt

Bei dem Amtsgericht Berlin-Neukölln fand am Montag der Prozeß statt, den der Berliner SPD-Führer Künstler gegen unter Halesches Bruderblatt, den „Klassenkampf“, angestrengt hatte. Künstler hatte sich beleidigt gefühlt, weil er im „Klassenkampf“ in Abwehr gegen die Granatenbeise ein „Lügen-Künstler“ genannt wurde.

Als Künstler seinerzeit die Anzeige erhob, kündigte die gesamte SPD-Presse großspurig an, daß im Gerichtssaal das Beweismaterial ausgepackt werde. Das Geheimnis über die „Giftgranaten“, das Künstler sorgfältig in seinem Busen verwahrt, sollte bekanntgegeben werden, um die Kommunisten und die Verbindung der Sowjetunion mit der Reichswehr zu „entlarven“. Ja, eine Herrin Künstler nahelebende Korrespondenz verbreitete sogar die phantastische Meldung, daß man im Reichswehrministerium vor den Enthüllungen Künstlers zittere. Man konnte also wirklich gespannt sein, was nach den bombastischen Ankündigungen Künstlers am Beweismaterial ans Tageslicht gefördert werden würde.

Was aber kam? Als die Prozeßhandlung eröffnet war, konnte Künstler nicht den geringsten Beweis für seine Behauptungen erbringen.

Nichts, rein gar nichts. Zuhörer und Gericht waren absolut überzasi. Künstler trieb die Lächerlichkeit sogar so weit, daß er verlangte, der „Klassenkampf“ müsse Beweismaterial beibringen. In diesem Falle war das Verlangen geradezu absurd, denn Künstler spielte sich als Ankläger der Sowjetregierung auf. Als Künstler wegen des völligen Fehlens jeglichen Beweismaterials leere Ausschüfte gebrachte und der Rechtsbeistand des „Klassenkampfes“, Genosse Samter, von „faulen Ausreden“ sprach, regte sich die Künstler-Partei furchtbar auf. Doch der Erfolg enttäuschte: der Vorsitzende erklärte, daß er in diesem Falle keinen Antrag habe, einzuschreiten. Keine schlechte Abfuhr!

Auch in der Urteilsbegründung wurde festgestellt, daß die Künstler-Partei keinerlei Beweismaterial beigebracht habe.

# Schrankenlose Justizwillkür der Klassenrichter

Die Strafrechtsreform des Bürgerblocks vor dem Reichstag

Zu Beginn der gestrigen Reichstags-Sitzung erhielt zur Gesetzesordnung das Wort

Genosse Roosen:

Wir Kommunisten beantragen, die Beratung des Strafrechtsgesetzes nicht in der vorgezeichneten Weise durchzuführen. In der kurzen Frist war es unmöglich für alle Abgeordneten, die Vorlage vollkommen durcharbeiten. Insbesondere vermischen wir eine amtliche Gegenüberstellung des jetzt geltenden Textes und des neuen Entwurfs. Auch sind wir der Meinung, daß das Gerichtsverfassungsgesetz der Beratung des Strafrechtsgesetzes vorausgehen muß, denn man muß zunächst wissen, wer die Strafe anwenden soll, wer aburteilen soll. Es ist unzweifelhaft, daß kaum drei Prozent der Richter aus dem Proletariat stammen. Eine Veränderung auf diesem Gebiete herbeizuführen, ist eine unerlässliche Grundforderung.

Weiter fordern wir eine Klarstellung der Frage, wie das neue „Recht“ angewendet werden soll. Die Strafrechtsreform muß zunächst geregelt, die Ermittlungs-Verordnungen wieder befristet werden. Auch der Straf Vollzug muß neu geregelt werden. Jetzt ist überhaupt keine Klarheit vorhanden, wie die jetzt geltende Strafe der „Einschließung“ vorgelesen, von der niemand weiß, wie sie vollzogen werden soll.

Im Interesse der Arbeiterklasse fordern wir die Ausbrechung einiger Giftzähne aus dem jetzigen Strafrecht. Erst nach Erledigung einer solchen Novelle kann das Strafrecht selbst behandelt werden.

Aus diesem Grunde beantragen wir die Ablehnung von der Tagesordnung, und — wenn Sie das nicht beabsichtigen sollten — zumindest, daß heute nur der Minister spricht, und nach Durchführung anderer Forderungen die Beratung der Strafrechtsnovelle durchgeführt wird, was von allen Bürgerlichen und Sozialdemokraten gegen SPD abgelehnt wird.

Der Klassenjustizminister Herzig begründet dann in einer Volkszeremonie das neue Strafrechtsgesetz. Das Strafrecht ist ein Woll, der zum Schutz der deutschen Kultur erdichtet werden mußte, nicht als einziges, aber als letztes und härtestes Bollwerk für das Leben des einzelnen. (Kommunistischer Jurist: Und vor allem für das kapitalistische Privateigentum!) Nach der Revolution hätte die Gefahr bestanden, daß das Strafrecht zu sehr im Sinne der Unten ausgearbeitet worden wäre, weshalb sich „zur rechten Zeit die Reaktion eingestellt“ hätte. Der Richter müsse größere Bewegungsfreiheit erhalten. Er sei gegen die Verwässerung des Strafrechtes und gegen eine Humilitätsdiktator. Das Gesetz müsse die Aufpeitschung der Massen und die Amoral der Jugend energig bekämpfen. Auch die Wirtschaft bedürfe der Ruhe, woran

Die Arbeiterklasse muß auf der ganzen Linie den Kampf gegen die Brotwucherer aufnehmen. Die Stimme der Arbeiter aus den Betrieben, von der Baustelle, turzum überall, wo die werttätigen Massen beisammen sind, muß den Brotwucherern in die Ohren gellen. Nur der energische Kampfwille der Massen vermag die Angriffe der vereinigten Großkapitalisten, Junker und Pfaffen zu schlagen.

## Gächsisches Marionettentheater

Nach einer Meldung des Volksstaates hat die Aufmerksamkeitspartei in einer am 16. Juni in Dresden abgehaltenen Sitzung beschlossen, einer Benennung des Landtagsabgeordneten Dr. v. Zumberti zum Justizminister ihre Zustimmung zu geben. Die Chemnitz Volksstimme und auch die Dresdner Volksstimme trügen an diese Meldung folgende Bemerkung: „Das kann ja nett werden. Von Zumberti als Justizminister. Er ist der letzte Rechtsauschussmitglied des Landtages wurde dieser Ministerkandidat während seiner Rede von dem deutschnationalen Dr. Eberle unterbrochen und gebeten, er solle doch das, was er sagen wollte, schriftlich niederlegen, da kein Mensch verstände, was er eigentlich will.“

In der von der Volkszeitung wiedergegebenen Episode aus dem Rechtsauschuss muß richtiggestellt werden, daß dem deutschnationalen Dr. Eberle diese oben zitierten Worte zu Unrecht in den Mund gelegt wurden. Es war auch wenig wahrscheinlich, daß Dr. Eberle einen Angehörigen seiner Fakultät in dieser Weise blamierte. Dazu haben diese Junggenossen viel zu viel Verständnis und gegenseitige Wertschätzung ihrer „Nähegelegenheit“. Tatsächlich erfolgte die Charakterisierung der parlamentarischen Tätigkeit dieses geschickten „Volksrecht-Volksvertreter“ durch den Vorsitz des Rechtsausschusses, Gen. Krenner. Diese Richtigeileitung ändert jedoch an der Sache an sich nichts: bei einer solchen Besetzung kann man sich auf ein nettes Kabinett gefaßt machen. — Wie mögen nun die anderen Figuren aussehen, die auf der Regierungsbühne des Marionettentheaters des sächsischen Bürgerblocks zusammengeschoben werden?

## Kiel im Film

Die Dresdner Volkszeitung teilte gestern ihren Parteigenossen mit, daß der Kieler Parteitag in seinen wesentlichen Einzelheiten verfilmt worden ist und noch während der Tagung den Delegierten vorgeführt wurde. Der Film soll nun bei der Berichterstattung über den Parteitag in den Ortsgruppen und Bezirken Verwendung finden. Auch sollen eine Anzahl Kinobesitzer den Film als Beiprogramm in ihren Theatern aufführen. — Warum auch nicht? Schlechter als so

erfolgte wegen formaler Beleidigung zu 150 Mt. Geldstrafe.

Das Urteil ist eine fürchterliche Blamage und gleichzeitig der endgültige Zusammenbruch der Granatenbeise. Die sozialdemokratische Entee von den Sowjetgranaten ist vollständig erledigt, und gestern quillt sich die Dresdner Volkszeitung ab, aus diesem für die SPD so blamablen Prozeß noch einen Erfolg zu konstruieren. Als die kommunistische Presse damals die „Enthüllungen“ Künstlers als eine frische, aus den Fingern gezogene Lüge bezeichnete, antwortete Herr Künstler in allen sozialdemokratischen Zeitungen folgende Bemerkungen:

„Wie lange wollen die Kommunisten ihre Vogel-Strauß-Politik des Leugnens ganz offenermaßen fortsetzen? ... Die Lage der kommunistischen Vorkämpfer ist hoffnungslos.“

„Die Gelegenheit, die mir der Redakteur des „Klassenkampfes“ in Halle gibt, werde ich nutzen. Da mich dieser Redakteur einen „Lügen-Künstler“ und Lügenkämpfer nennt, werde ich ihn verklagen. Nicht weil ich seine Verurteilung herbeiführen will, sondern weil vor aller Öffentlichkeit der Wahrheitsbeweis geführt werden soll, daß die Behauptungen der Sozialdemokratie ... vollkommen der Wahrheit entsprechen. Wir werden sie alle als Zeugen laden, voran den völkischen Fabrikanten Stolzenberg, alle Arbeiter der Giftgasfabrik in Trost, deren Adressen wir habhaft werden können, die völkischen Beamten und Ingenieure, die in Trost waren, die Offiziere, die mit falschen Namen nach Ruhland gereist sind, die Offiziere und Angestellten des Reichswehrministeriums und einer Gesellschaft „Gefu“. Wir werden auch die Arbeiter laden, die in Steint Granaten ausgeladen haben. Sie alle sollen unter Eid ausfragen. Die deutsche Arbeiterklasse soll sehen, wer lügt und wer die Wahrheit spricht.“

Der Ausgang dieses Prozesses hat nun gezeigt, daß Herr Künstler den Wahrheitsbeweis nicht angetreten hat, und wir können heute mit den eigenen Worten Künstlers sagen: Die deutsche Arbeiterklasse hat nun gesehen, was lügt! Herr Künstler

das neue Strafrechtsgesetz erheblichen Anteil haben soll. Das Strafrechtsgesetz könne keinen Begriff eines Proletariats, sondern nur Bürger und „Verbrecher“, Gewohnheitsverbrecher müßten mit schweren Strafen belegt werden.

Nach der Ministerrede spricht der völksparteiliche Professor und Strafrechtslehrer Kahle. Er spricht von dem großen Kulturwert des neuen Strafrechtsgesetzes, vom 25jährigen Jubiläum der Strafrechtsreform und von den „großen Verdiensten“ verschiedener Vorkämpfer der bürgerlichen Klassenjustiz. Dann sagt er, das Mißtrauen gegen die Richter müsse bei Inangriffnahme der Strafrechtsreform von vornherein ausschließen. Es sei nicht wahr, daß das neue Strafrechtsgesetz den Klassenkampf des Proletariats behindere.

Abgeordneter Landsberg (SPD) beginnt mit einer unglaublichen Lobeshymne auf den Redner der Deutschen Volkspartei: Es gibt Dinge, in denen wir trotz aller politischen Trennungslinien alle übereinstimmen. Dazu gehört die Verehrung des Berechnungswürdigen. Sie werden mich wohl als Ihren Herold gelten lassen. Wenn ich meine aufrichtige Bewunderung (!) und meine Freude ausspreche über diese wunderbare Rede (!) des verehrten Herrn Kahle, in der sich die Weisheit (!) des Alters mit dem schönen Eifer (!) der Jugend vereint hat und mit der unsere Verhandlungen in würdiger Weise (!) eingeleitet worden sind. (Tosender Beifall bei den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten.) Der sozialdemokratische Redner kritisiert die vielen Verstärkungen und die Befestigung der Todesstrafe, die barbarisch sei, die Deiterreich abgelehnt habe und die der Bürgerblock aufrecht erhalten wolle, genau wie die Sowjetunion. (Kommunistische Jurist: Sie können wohl kein Verteidigungsrecht des Proletariats gegen imperialistische Mörder!) Der Entwurf enthalte sehr viel Anerkennenswertes und soziale Gedanken in beachtlicher Anzahl. Leider seien die Bestimmungen gegen die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft noch lückenhaft. Zu begrüßen sei es, daß dem freien Ermessen des Richters weitester Spielraum gelassen werde. (Kommunistischer Jurist: Sie denken also offen die Justizwillkür!)

Der deutschnationalen Redner Dr. Barth erklärt: Landes- und Hochverräter müßten viel schwerer bestraft werden. Die milderen Umstände müßten erheblich eingeschränkt werden. Der Meineid müsse schwerer bestraft werden. Abteilungen würden viel zu milde geahndet. Die Todesstrafe sei unbedingt beizubehalten. In Deutschland herrsche zu große Humanität. In das Strafrechtsgesetz müßte wie in England die Fragestrafe aufgenommen werden. (Kommunistischer Jurist: Sie müßten die ersten Prügel tragen!) Rätige Ausländer müßten sofort bei dem ersten Vergehen ausgewiesen werden. Danach verteidigt sich der Reichstag auf heute.

mancher andere Kinobesitzer dürfte der Film vom Kieler Parteitag auch nicht sein. Und dann, das hat sich die staatsverhaltende Sozialdemokratie wahrhaftig verdient, daß die führenden Köpfe im Kampfe gegen den Bolschewismus und die fünfzigsten Konventionen von Zeit zu Zeit im Lichtbild gezeigt werden. Die Filmgenuss wird dagegen wohl kaum etwas einzuwenden gehabt haben. Um aber eine möglichst naturgetreue Wiedergabe des Kieler Parteitag zu erzielen, wäre es zweckmäßig zu empfehlen, die Bilder schwarz-rot-gold zu kolorieren. Die Hindenburg-Republik wäre damit in der Propaganda um ein „Robinettstück“ reicher geworden.

Obwohl der Film, wie es in der Dresdner Volkszeitung heißt, „alle wesentlichen Einzelheiten des Parteitag“ wiedergeben sollte, hat der Parteivorstand nach einer Vorstudie die überaus gut gelungene Szene von der Abfuhr Liebknechts und der übrigen „linken“ Führer herausgeschnitten. Die Maßnahme erfolgte erstens aus Rücksicht auf die Opposition der linken SPD-Arbeiter, zweitens zur Erleichterung für den Berichterstatler. Wozu braucht man in der SPD noch über den Parteitag zu diskutieren? Den Parteitagstermin kann man angenehmer haben. Das Vorkindling gibt ihn als Beiprogramm. Die Regie ist nicht schlecht ...

## Die englische Arbeiterklasse organisiert den Kampf gegen das Gewerkschaftsgesetz

London, 22. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Kommenden Sonntag wird die gesamte Arbeiterklasse in gewaltigen Demonstrationen gegen das Antigerichtsgesetz aufmarschieren. In allen Industriezentren werden heute schon streikartige Maßnahmen hierfür getroffen. Die Demonstrationen sollen die größten Demonstrationen werden, die England jemals gesehen hat. In Londoner Hyde Park, wo mit einem Aufmarsch von Hunderttausenden gerechnet wird, soll allein von 12 Tribünen gesprochen werden.

## Berufungsmanöver der Pilsudski-Clique

Berlin, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Der polnische Außenminister hat auf seiner Rückreise nach Warschau den Vertretern des Temps sowie mehreren deutschen Pressevertretern Interviews gegeben, in denen er seine bisherige Politik des Verzichtens forstsetzt. In bezug auf den Konflikt Polens mit der Sowjetunion äußerte er sich durchaus optimistisch. Er sehe keinerlei unüberbrückbare Gegensätze zwischen Polen und Sowjetrußland. Er könne nicht einsehen, unter welchen Umständen Schwierigkeiten entstehen könnten. Er glaube im Gegenteil, daß die polnisch-russischen Beziehungen mit der Zeit sich wieder besser gestalten würden. Die vorübergehende Trübung sei auf zufällige Ereignisse und auf unkontrollierbare Ursachen zurückzuführen. Polen wünsche in der gleichen Weise gute Beziehungen zu Deutschland wie auch zur Sowjetunion.

Diese diplomatische Sprache kann über die harten Tatsachen nicht hinwegtäuschen. Der Warschauer Nord und die ihn folgende Projektion haben jeden Zweifel an die sowjetpolitische Politik der Pilsudski-Clique beseitigt. Die Rolle des polnischen Außenministers besteht darin, die kriegerischen Absichten Polens nach außen hin zu verheimlichen.

## Wuhantuppen im Vormarsch

Tientschan, 19. Juni. (Chinesische National-Agentur.)

Die Wuhantuppen setzen in 2 Kolonnen ihren Vormarsch fort. Die Fungpuhant-Armee rückt die Hantau-Peking-Linie auf Chihl vor. Die Pingting-Truppen marschieren die Lungshan-Eisenbahnlinie entlang auf Tjian zu und haben Tianshou (18 Süd-Schantung, 16 Kilometer von der Schantung-Chihl-Grenze) besetzt.

Schantung, 19. Juni. Santschuanfangs Truppen zogen sich aus Haishou (Provinz Kiangsu) über Tjan nach Schahien (Provinz Schantung) zurück. Die Tschangtsai-Truppen zogen nordwärts auf ihr Ziel Tiantau vor.

Hantau, 20. Juni. Nicht nachgeprüften Meldungen zufolge bog die Vorhut der Armee Fungpuhants in die Provinz Chihl ein und besetzte Taminfu im Süden der Provinz.

Berlin, 22. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Nach Meldungen bürgerlicher Berichterstatler aus China haben sich die Verhandlungen zwischen Tchangtsai und Pingting baldige Beendigung des Bürgerkrieges in China müssen den begraben werden. Die nordchinesische Regierung ist nach den gleichzeitigen Meldungen gezwungen, in Schantung entsprechende Maßnahmen durchzuführen und will mit diesen Maßnahmen gleichzeitig der radikalen politischen Propaganda den Boden entziehen. Bisher wurde jedoch nur erreicht, daß Peking von den wuhant-

Steuergrößen für Unternehmerpropaganda

Blanko-Vollmacht für die HeiBt-Regierung. - Subvention der Leipziger Messe. - Ausbau der „Dürer-Schule“ beschlossen. - Der kommunistische Antrag gegen Anebelung revolutionärer Literatur angenommen. - Für die Opfer des Reichswehrmarches. - Kommunistischer Antrag für die Beamtenforderungen. - Die Regierungsparteien trefen! - Achtstündentag für das Personal der Heil- und Pflegeanstalten beschlossen!

Landtagssitzung vom 21. Juni 1927

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet die Beratung einer Vorlage vom 13. Mai 1927, durch die „zur vorübergehenden Verfügrung der Betriebsmittel der Landeshauptkasse“ der Regierung eine Blankovollmacht für eine in- oder ausländische Anleihe bis zu 30 Millionen RM gewährt werden soll.

Genosse Böttcher

geht auf die Geschichte dieser Vorlage ein. Die Deutschnationalen hätten zwar diese Blankovollmacht verweigert. Aber dies geschah offensichtlich nur, um einen Druck im Hinblick auf den Regierungseintritt auszuüben. Angesichts der Verweigerung der Erhöhung der Bezüge der unteren Beamten, der Verbesserung der Lage der Sozialrentner und angesichts der Lasten, die große Summen an Steuern Unternehmern gestundet und erlassen worden sind, ist diese Schuldenschnittstelle der Regierung gekennzeichnet. Die Gelder, die auf Kosten der Steuerzahler aufgebracht werden sollen, dienen lediglich den Interessen der herrschenden Kreise Sachsens. Natürlich sind die Regierungsparteien angesichts ihres Ruhms auch hier am Werke, für diese Summen eine Mehrheit zu schaffen. Die Deutschnationalen, die um der Regierungsparteien willen zu jedem Umfall bereit sind, werden sich überzeugen lassen. Die Kommunisten weisen die Arbeiter auf die Finanzpolitik der HeiBt-Regierung und der Bürgerpartei hin, die rückwärtslos den Steuerzahlern die Kosten für die Durchführung ihrer Interessenpolitik aufzulegen. Die Kommunisten lehnen diese Vorlage ab. (Bravo! bei den Kommunisten.)

Alles schweigt. Kein Deutschnationaler - kein Sozialdemokrat meldet sich zum Wort. Die Arbeit hinter den Kulissen hat sich gewirkt. Ohne weitere Aussprache wird die Vorlage dem Ausschuss überwiesen.

Steuergelder für Unternehmerpropaganda.

Eine weitere Vorlage, die 200.000 RM als Beitrag dem Leipziger Messemägen sichern soll, wird darauf beraten. Während dem Redner der Wirtschaftspartei die Summe noch zu niedrig ist, begründet

Genosse Lieberach

ausführlich die ablehnende Stellungnahme der kommunistischen Fraktion. Die Messe soll die Illusion fördern, man könne mit diesen Veranstaltungen die tatsächlich bestehende kapitalistische Wirtschaftskrise beheben. Viele Illusionen sind gerade für die kleinen Leute mehr als gefährlich. (Zuruf des Wirtschaftsministers: Ihre russischen Freunde sind da anderer Meinung!) Wenn unsere russischen Genossen ihre Werke in Leipzig ausstellen, geschieht das nicht, um Illusionen zu fördern, sondern um den anderen Ländern zu zeigen, was eine von der Arbeiterbiatur beherrschte und geregelte Wirtschaft an Werten planmäßig hervorbringt! Die Messe selbst bringt den Leipziger Einwohnern Preissteigerung und Lebensmittelverknappung. Während man Steuergelder für die Propaganda anfordert, scheint das Reich unternehmen so zu verdienen, daß sie jedes Jahr riesige Gebäude lediglich für die Weisheit schaffen kann. Sollte man hier nicht für dieselben Mittel produktive Arbeit durch richtigen Wohnungsbau schaffen können? Vergleicht man mit diesen toten Ausstellungen die lebenden, produktiven Waren ausstellungen mit der Sowjetunion, so erkennt man, daß die Vorbereitung für eine sinnvolle Messe, die Austausch und Anschauungsunterricht zu Verbesserungen vermittelt, eine organisierte Planwirtschaft ist. Die Kommunisten als Vertreter der minderbemittelten werktätigen Schichten lehnen diese Subventionierung der Unternehmerpropaganda ab!

Ohne weitere Aussprache, auch die Sozialdemokraten schweigen, wird die Vorlage dem Haushaltsausschuss A überwiesen. Ein sozialdemokratischer Antrag, der die Gewährung von 500.000 RM als 1. Rate für den Neubau der höheren Berufsschule in Dresden (Dürerschule) verlangt, wird mit Mehrheit (Kommunisten, Sozialdemokraten, USPD) angenommen. Das Etatkapitel „Höhere Schulen“ wird gegen die Stimmen der Kommunisten genehmigt. In einem Antrag der Volkspartei, der Zwangs-schulung der jugendlichen Erwerbslosen einführung will, hat die kommunistische Fraktion beantragt, daß zwar im beruflichen Interesse der Arbeiter- und Angestellten nachwuchses Unterrichtsstufe zur sachlichen theoretischen Bildung veranstaltet werden, daß jedoch kein Zwang ausgeübt werden darf und daß die hierzu erforderlichen Mittel nicht aus der Erwerbslosenfürsorge, wie im Antrag der Mehrheit gefordert, sondern besonders von der Regierung und den Gemeinden aufgebracht werden sollen. Schließlich sollen alle Teilnehmer Erwerbslosenunterstützung erhalten. In der Abstimmung wird der kommunistische Antrag abgelehnt. Die Sozialdemokraten stimmen mit den Kommunisten, treten jedoch für die Entnahme der Mittel aus der Erwerbslosenfürsorge ein.

Der kommunistische Antrag gegen die Anebelung der revolutionären Literatur angenommen.

Nunmehr erstattet Genosse Kerner Bericht über die Beratung des kommunistischen Antrages gegen die Anebelung der revolutionären Literatur. Im Ausschuss wurde der Antrag mit Mehrheit abgelehnt. Genosse Kerner hat folgenden Winderheitsantrag gestellt: die Regierung hat bei der Reichsregierung zu vertreten, daß das Gesetz gegen Schund und Schmutz unter keinen Umständen gegen politische oder freigeistige Schriften in Anwendung gebracht wird. In der Abstimmung wird, der obgleich auch hier die USPD mit den Bürgern stimmt, der kommunistische Antrag mit großer Mehrheit angenommen. (Es folgen eine große Anzahl bürgerlicher Abgeordneter!) Das Kapitel „Stenographisches Landesamt“ wird genehmigt. Beim Kapitel „Heil- und Pflegeanstalten“ liegt ein Winderheitsantrag vor, der für das gesamte Heil- und hausangehörige Personal den achtstündigen Arbeitstag verlangt.

Genosse Dr. Schmidt

schildert die katastrophale Lage des Pflegepersonals, das nach dem eigenen Eingeständnis der Regierung mit 40 Jahren verbraucht ist, und übt an der Arbeitszeit- und Gehaltspolitik der sächsischen Regierung beim Pflegepersonal scharfe Kritik. Wir fordern die gründliche Aenderung dieser Zustände. Die Frage der Gesundheit muß über finanzielle Einwände hinweggehen. (Sehr richtig! links.) Die Zunahme der Zahl der Geisteskranken ist hauptsächlich auf Wirtschaftslage und Wohnungsnot der breiten Massen zurückzuführen. Der verderbliche Einfluß des Alkohols und des Missbrauches von Schlafmitteln verstärkt die Gefahr. Die Kasernierung der Kranken ist nicht zweckmäßig. Individuelle Beschäftigung, Wohnungsangelegenheit und menschlich empfängliche Pflege sind hier notwendig. Beratungsstellen für Krankenkrankheiten sollten zur rechtzeitigen Abwehr eingerichtet werden. Die Verpflegung muß besser werden. 85 Pf pro Tag für einen Kranken als Verpflegung muß auf 1,20 RM erhöht werden.

fung gestattet werden. Verhandlungen, die besonders aus dem vorinstanzlichen Waldbheim gemeldet werden, müssen ein für allemal unterbanden werden. (Ein geisteskranker Raubmörder hat nachts unbeaufsichtigte Kranke blutig geschlagen.) Wir fordern Einleitung von 300.000 RM für einen Umbau der Heil- und Pflegeanstalt Waldbheim. Diese Anträge werden erst verteilungsfähig, bis dahin wird die Abstimmung ausgelehnt.

Gegen die Reaktionen in Verwaltung und Justiz.

Man kommt nunmehr zu der ersten Beratung des kommunistischen Antrages, den Reichswehrmarch betreffend, der am 25. November 1926 eingereicht, nach 8 Monaten endlich auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Genosse Stewert

begründet eingehend, daß die Vorgänge beim Reichswehrmarch verlangen, daß alle unter dem Druck des Reichswehrmarches und von der HeiBt-Regierung eingeleiteten Beamten, die sich als Vertrauensleute der Reaktion in Polizei, Justiz und Verwaltung erwiesen haben, sofort entlassen werden. Weiterhin soll ein Gehehentwurf vorgelegt werden, nach dem den von der Reichswehr-Centrale Geschädigten oder Verletzten, oder den Hinterbliebenen der beim Reichswehrmarch Getöteten eine dauernde Rente gewährt wird. Da bei den geschädigten durchgeführten Hausdurchsuchungen bei Lehrern und Arbeitern Bücher verbrannt worden sind, soll den Betroffenen voller Schadenersatz gewährt werden. In einem weiteren Antrag fordern die Kommunisten, daß alle diejenigen Richter und Staatsanwälte, die sich bei der Führung von Prozessen als Stützen und Anhänger der monarchistischen Konterrevolution gezeigt haben, von ihren Ämtern zu entheben, und daß bei der Reichsregierung dahin gewirkt werden soll, daß das Gesetz über die Unabhängigkeit der Richter aufgehoben und die Entlassung aller reaktionären Richter und Staatsanwälte sofort durchgeführt wird. Ebenso muß die Öffentlichkeit des Verfahrens hergestellt werden. Die Anträge gehen an den Rechtsausschuss.

Zur Besoldungsordnung hat die kommunistische Fraktion einen Antrag eingebracht.

Genosse Siegel

begründet diesen ausführlich. Die fürchtbare Kollage der unteren und mittleren Beamten zwingt diese geradezu zu Vergehen. Die seit Jahren angekündigte Besoldungsreform wird von der Bürgerblockregierung immer weiter verschleppt. Jetzt ist durch die Beamten demonstration wenigstens erreicht worden, daß für den Oktober diese „Reform“ angekündigt worden ist.

Strafrechtsreform und Proletariat

Von Felix Halle

Weitere Bestimmungen über den Landeserrat

Bezüglich der Fassung der Bestimmungen des Strafgesetzentwurfes von 1927 sowohl über den Hoch- wie über den Landeserrat muß noch darauf hingewiesen werden, daß der Entwurf, der doch in einer Zentralbehörde des Reiches unter dem Beistand der Weimarer Verfassung ausgearbeitet worden ist, die staatsrechtlichen Bestimmungen eben dieser Verfassung, die er zu erfüllen vorgibt, dauernd mißachtet. So behandelt der Entwurf gewalttätig Grenzveränderungen innerhalb des Reiches strafrechtlich gleich der Vortrennung von Gebietsteilen aus dem Reichsverband. Bei landesverträtlicher Untreue spricht der § 90 des Entwurfs nicht von der Führung eines Staatsgeschäftes mit einer ausländischen, sondern mit einer anderen Regierung. Bei diesem Wortlaut der Strafandrohung wird auch die Führung der Staatsgeschäfte eines deutschen Landes mit der Reichsregierung oder mit einer anderen deutschen Landesregierung in den für strafbar geltenden Tatbestand mit einbezogen.

Die vorgeschlagene gezielte Regelung würde zur Folge haben, daß bei der Reichsregierung affektierte Beamte eines deutschen Landes, wenn er — bei einem Streit im Falle seines Landes mit dem Reich — die Ausführung eines gegen die Interessen des Reiches gerichteten Auftrages willkürlich unterläßt, ebenso als gemeiner Landesverräter bestraft werden kann, wie ein Gelandter des Reiches im Auslande, der die deutschen Interessen gegenüber einer fremden Regierung preisgibt. Auch aus den folgenden Bestimmungen der §§ 91, 92 und 93 geht hervor, daß die Redaktion des Entwurfs von 1927 und seiner Vorläufer die partikularen Interessen der Länder über die Interessen des Reiches gestellt hat.

Aus den weiteren Bestimmungen über den Landeserrat ist zu sehen, daß die Vorschriften des § 95 über die Herbeiführung einer Kriegergefahr, Waffenhilfe und Begünstigung des Feindes erwähnt. Der Wortlaut des § 95 ist folgender:

- Mit Justizhaus nicht unter fünf Jahren wird bestraft: 1. wer in der Absicht, einen Krieg oder Zwangsmaßnahmen gegen das Reich herbeizuführen, mit einer ausländischen Regierung in Beziehungen tritt; 2. ein Deutscher, der während eines Krieges gegen das Reich in der feindlichen Kriegsmacht dient oder gegen das Reich oder dessen Bundesgenossen die Waffen trägt; 3. wer während eines Krieges gegen das Reich oder in Beziehung auf einen drohenden Krieg der feindlichen Macht Vorkauf leistet oder der Kriegsmacht des Reiches oder seiner Bundesgenossen einen Nachteil zufügt.

In besonders schweren Fällen ist die Strafe lebenslängliches Justizhaus oder Justizhaus nicht unter zehn Jahren.

Die Punkte 1 und 2 dieses Delictes, Herbeiführung der Kriegergefahr und die Waffenhilfe, sind dem geltenden Rechte, §§ 87 und 88 des StGB, nachgebildet. § 95 Ziffer 3 bringt insofern eine Verschärfung gegenüber den entsprechenden §§ 89, 90 und 91 des StGB, als nicht mehr „vorläufig“, sondern schon ein „willkürliches“ Handeln zur Strafbarkeit als ausreichend angesehen wird.

Angesichts der Tatsache, daß die Anklagebehörden, die Gerichte und die Militärbehörden des bürgerlichen Staates über das Vorliegen eines Landesverrats nach dem geltenden Rechte selbst bei Angeklagten aus der bürgerlichen Klasse häufiger als bei anderen Delicten verschiedener Art waren, kann man erweisen, wie leicht die verschärfte Bestimmungen Angehörige des Proletariats, in denen die Vertreter der genannten Behörden meistens sofort den Klassenfeind erblicken, zum Fallstrick werden würden. In welchem Umfang bei dem Delict des Landesverrats der Maßstab des Urteiles und nicht die Handlung des Täters ausschlaggebend ist, zeigen verschiedene Fälle aus der Kriegs- und Nachkriegszeit.

Ich nenne nur den Fall eines Ruderer-Senators, der auf Betreiben der Militärbehörde von der Reichsanwaltschaft angeklagt wurde und über ein Jahr in Untersuchungshaft lag;

Aber schon hört man Stimmen, daß auch diese Frist verlängert werden soll. Diese dauernde Verschleppung hat in den Beamtenkreisen ungeduldet erwidert. Die kommunistische Fraktion beantragt deshalb, daß die Regierung ersucht wird, beizustimmen, daß die Reichsregierung mit allem Nachdruck die sofortige Verabschiedung einer Besoldungsordnung nach vor der Sommerpause zu fordern und eine Vorlage zum eine Zwischenregelung unter besonderer Berücksichtigung der Kollage der unteren Gruppen mit Rückwirkung vom 1. April 1927 dem Landtage zur Beschlußfassung vorzulegen. Nur die Besoldungsreform fordert die kommunistische Fraktion insbesondere Verminderung der Spannungen zwischen den Besoldungsgruppen, Streichung der höchsten Gruppen, Verminderung des Abstandes zwischen Anfangs- und Endgehalt zur Vereinfachung des Endgehaltes in kurzer Frist, Beilegung der bisherigen Gruppen 1 bis 3 und automatische Ausgleichung der Gehaltszulagen auf die Pensionen. Die Kommunisten weisen die Beamten darauf hin, daß sie zur Erzielung ihrer Forderungen gemeinsam mit den Arbeitern und Angestellten demonstrieren müssen, daß sie einen Druck ausüben müssen, um so der Regierung zu zeigen, wie bitter ernst ihre Lage ist. Die Kommunisten werden die Beamten in diesem Kampf rücksichtslos unterstützen.

Eine sozialdemokratische Anfrage will von der Regierung Auskunft darüber haben, ob diese sich neben Preußen (1) für die Wiedereinführung des Gehaltsklassensystems der Vorkriegszeit ausgesprochen hat. Innenminister Aepfel erklärt, daß die Regierung für die Neuordnung der Beamtenbesoldung am 1. Oktober eintraten und Rückwirkung vom 1. Juli 1927 ab fordern wird. Zur Frage des Systems habe die Regierung noch nicht Stellung genommen. Aepfel selbst sei gegen dieses Gehaltsklassensystem der Vorkriegszeit, Wedel (Soz.) betont, daß die Beamtenbesoldung bewahrt verschleppt worden ist. Er unterstützt die Forderung auf Zwischenregelung ab 1. Juli.

Den Vorsitz der Saboteure der Beamtenbesoldungsreform macht diesmal der „Demokrat“ Dr. Seppert, der im Namen der Regierungsparteien erklärt, daß diese sich in Anbetracht der morgen stattfindenden Verhandlung der Finanzminister aller Länder einer Aussprache über diese Frage enthalten wolle. Die Deutschnationalen sind mit dieser Haltung durchaus zufrieden und ohne weitere Aussprache wird der kommunistische Antrag im Besoldungsausschuss vergraben.

Nunmehr wird die Abstimmung über das Kapitel „Heil- und Pflegeanstalten“ nachgeholt, wobei der Winderheitsantrag, der achtstündige Arbeitstag für das Pflegepersonal fordert, gegen Deutschnationale, Wirtschaftsparteier, Volksparteier, Demokraten und Katholiken angenommen wird. Von den kommunistischen Anträgen wird derjenige, der die Einführung des gesamten Pflegepersonals in die Gruppen 5, 6 und 7 verlangt, dem Besoldungsausschuss, die übrigen dem Ausschuss A überwiesen.

Damit ist die heutige Tagung erschöpft. Die nächste Sitzung findet Mittwoch, den 22. Juni, 15 Uhr statt.

er wurde schließlich vom Reichsgericht freigesprochen. Die Fälle Heinrich Wandt, Fehrenbach, Dr. Gargas, Walter Dehme sind ebenfalls in diesem Zusammenhang zu nennen. Besonders deutlich zeigt sich die Subjektivität und Relativität des Urteils im Falle des früheren Inhabers der Albatross-Flugzeugwerke, Dieler, ein Ingenieur Otto Wiener, wurde auf Grund eines Gutachtens des Admiralsstabes der kaiserlichen Marine vom deutschen Reichsgericht während des Krieges wegen Landesverrats zu einem Jahr Festung verurteilt. Das österreichische Offiziers-ehrengericht, dem er als österreichischer Marineoffizier unterlag, schloß sich aber dem Urteil des deutschen Reichsgerichts nicht an, sondern hielt einen Freispruch für vorliegend. Es gelang dem Verurteilten erst sechs Jahre nach der Staatsumwälzung, durchzusetzen, daß das Reichsgericht im Wege der Wiederaufnahme sein eigenes Urteil revidierte und ihn freisprach. Dieser Freispruch kam nur zustande, weil infolge der Staatsumwälzung im Marine-Admiralsstab wesentliche Personalveränderungen vor sich gegangen waren, und das Gutachten des Admiralsstabes unter der Republik zu den gegenläufigen Ergebnissen kam wie vorher zur Zeit des Kaiserreiches.

Im Falle Wiener handelt es sich um die Verurteilung und die Wiederaufnahme in einem Verfahren, das sich gegen einen Angehörigen der bürgerlichen Klasse richtete, der zwar in seinem Prozeß zunächst sehr einflussreiche und mächtige Freunde, zur Zeit der Wiederaufnahme aber ebenbürtige, wenn auch einflussreiche Freunde hatte. Für den des Landesverrats bezichtigten Proletarier kommen solche Beziehungen zu seinen Gunsten nicht in Frage, so daß fechtellose und Justizminister bei Proletariern nur in den allerletzten Fällen eine und zumeist äußerst späte Korrektur finden.

Da auch der § 95 des Entwurfs von 1927 in besonders schweren Fällen lebenslängliches Justizhaus oder Justizhaus nicht unter zehn Jahren androht, so würde, falls der Entwurf in dieser Fassung beschloß, auch hier die Möglichkeit folgen-schwerer Fehlurteile gegeben sein, um so mehr, als im Kriegszustand sehr häufig durch besondere Verordnung die im Strafgesetzbuch angeordnete lebenslange Justizhausstrafe in Todesstrafe umgewandelt wird.

In diesem Zusammenhang muß auch die neue Bestimmung des § 97 des Entwurfs von 1927 erwähnt werden, die unter dem Titel „Bandenvertriebe“ eine gegen das Reich gerichtete militärische Unternehmung feindlicher Streitkräfte, die nicht als kriegsführende Macht angesehen sind, einen Krieg gegen das Reich im Sinne des vorher beschriebenen § 95 des Entwurfs von 1927 gleichachtet. Nach diesem Vorschlag des Entwurfs 1927 wird jede Unternehmung solcher Streitkräfte mit Justizhaus nicht unter fünf Jahren bestraft. In besonders schweren Fällen ist die Strafe sogar lebenslanges Justizhaus oder Justizhaus nicht unter zehn Jahren. Aus der Begründung des amtlichen Entwurfs von 1925 geht hervor, daß diese neue Strafbestimmung aus den Bedürfnissen des imperialistischen Kolonialkrieges entstanden ist. Nach dem Verlust jeglichen deutschen Kolonialbesitzes sollte eine derartige Bestimmung in einem deutschen Strafgesetzbuch entbehrlich sein. Aber die Verfasser des Entwurfs von 1927 waren, wie die des amtlichen Entwurfs von 1925 der Meinung, daß das Deutsche Reich in seiner letzten Willkür mit der Abwehr irregulärer Streitkräfte rechnen müßte.

Im Anschluß hieran wird noch in der Begründung von 1927 nach dem Vorbild von 1925 hervorgehoben, daß der Ausdruck „feindliche“ Streitkräfte fast allenfalls, daß die Verurteilung nicht etwa auch auf den Fall eines Patriotenkrieges bei inneren Unruhen Anwendung finden sollte. Wenn diese Ansicht im Willen des Gesetzgebers liegen soll, so ist die jetzige Fassung des § 97 ein geleistetischer Fehler schwerer Art. Eine solche Einschränkung darf nicht nur in die Begründung hineingeschrieben werden, sondern muß aus dem Gesetzestext hervorgehen. Noch mehr als bei den ordentlichen Gerichten besteht nämlich im Falle von inneren Unruhen bei eingeleiteten außerordentlichen Gerichten oder gar bei Standgerichten — die nur den Tritt des Gesetzes, aber in der Regel nicht die Begründung des Gesetzes zur Hand haben — die Möglichkeit von Fehlurteilen, die gerade in kritischen Zeiten, so vor und während eines Krieges — Todesurteile sein können. Auf diese Art können die Ermöglichten dann Opfer des Umstandes werden, daß die Verfasser der Entwürfe von 1925 und 1927 nicht voraussehen wollten, daß die Richter das Gesetz an sich nicht, aber nach der Begründung urteilen. Vom proletarischen Standpunkt aus muß gefordert werden, daß die Bestimmung des Entwurfs von 1927 über Bandenvertriebe vollkommen gestrichen wird.



22. Juni 1921: 3. Weltkongress der Komintern in Moskau (bis 12. Juli) — Max Goetz zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. — 1915: Aufruf Sabotage-Kämpfe in Belgien: Das Gebot der Stunde. — 1848: Straßenkämpfe zwischen Nationalgarde und Proletariat in Paris.

### „Gewerbsmäßiger“ Zeitungsverkauf

Zeitsprechung für den Verkauf der Erwerbslosen-Zeitung.

Das Amtsgericht war wieder einmal sehr voreilig gewesen. Es hatte eine Arbeiterin, die eines Tages die Zeitung des Erwerbslosenrates verkauft hatte, ohne im Besitze eines Gewerbe-Legitimationscheines zu sein, nach vorhergegangener Strafverfügung zu einer Strafe wegen Übertretung von Vorschriften der Gewerbeordnung verurteilt. Obgleich nicht widerlegt worden war, daß die Angeklagte persönlich keinen Gewinn erzielt oder beabsichtigt hatte, genügt dem Amtsgericht die Tatsache, daß der Zeitungsverkauf im Auftrag des Erwerbslosenrates geschah und daß dieser angeblich 30 Prozent des Erlöses zur Finanzierung seiner Arbeiten verwendet, um die Tatsache des „gewerbsmäßigen Handels“ als gegeben anzusehen. In der Begründung war ausgeführt worden, daß die Angeklagte gewußt habe, daß der Erwerbslosenrat aus dem Verkauf Gewinn erziele, zur Feststellung der Gewerbsmäßigkeit genüge die Absicht des Auftraggebers auf Erzielung von Gewinn. Die Angeklagte legte Revision ein, die betonte, daß die „Gewerbsmäßigkeit“ unmöglich auf die Tätigkeit an einem Tage Anwendung finden könne.

Das Oberlandesgericht Dresden schloß sich der Darlegung der Revision an, da bisher noch kein Gericht, außer dem Amtsgericht Dresden, auf die Absicht des Auftraggebers auf Gewinnerzielung den Begriff der „Gewerbsmäßigkeit“ angewendet habe. Hinzu komme, daß, falls der Verkäufer aus ideellen Gründen und ohne persönlichen Gewinn tätig sei, auf seine Person der Begriff der Gewerbsmäßigkeit gar nicht angewendet werden könne. Eine andere Frage sei, ob der Auftraggeber sich eventuell strafbar mache. Aus all diesen Gründen hob das Oberlandesgericht das Urteil des Amtsgerichts auf und sprach die Angeklagte kostenlos frei!

### Gegen die Zivilkontrolle der Straßenbahn

In einer gestern stattgefundenen Versammlung des Verkehrsbandes, die von 600 Straßenbahnern besucht war, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 21. Juni in den Annenjalen, Dresden, von 600 Kollegen besuchte Protestversammlung nahm mit Entrüstung Kenntnis von der beschlossenen Einführung der Zivilkontrolle bei der Städtischen Straßenbahn zu Dresden. Die Versammelten sehen in der neuen Kontrollmaßnahme eine weitere Belastung für den ohnehin schweren Dienst, die geeignet ist, die Arbeitsfreudigkeit des Straßenbahners zu vernichten. Weiterhin erblickt das Personal in der Einführung der Zivilkontrolle ein vollständig unbegründetes Mißtrauen von Seiten der Direktion. Die Versammlung sieht in dieser Art Kontrolle einen verletzten Spiegelschiff. Die Anwesenden fordern mit aller Entschiedenheit von dem Beamtenrat, Betriebsrat sowie dem Deutschen Verkehrsband, Ostervereinigung Dresden, alle Mittel und Wege einzusetzen, die die Einführung dieser Kontrolle unterbinden.

### Maßregelungen der Dresdner USG-Opposition?

Wie wir erfahren, sollen in der für heute von der SPD einberufenen Sitzung aller Jugendbeiräte der Sozialdemokratischen Partei in der Sozialistischen Arbeiterjugend Maßnahmen gegen die oppositionellen Strömungen innerhalb der Dresdner SAJ beraten und beschlossen werden. Den Parteivorstand werden Wedel und Sander vertreten. Besonders Sander, der rücksichtslos die Tradition des Führers der „Freien Sozialistischen Jugend“ abgestreift hat, will hier die schärfsten Terrormaßnahmen gegen die Opposition fordern und so die Niederlage, die er anlässlich der Walter-Otto-Versammlung der Neuführer SAJ erlitten hat, rächen. Wir sind davon überzeugt, daß die gesunde proletarische Rebellion der SAJ-Mitglieder durch ein Otto-Wels-Regime auch in Dresden nicht gebrochen werden kann. Berlin, Leipzig und Weßfalen sollten diesen Katastrophen des Parteivorstandes gezeigt haben.

### Elternprotest gegen die Verschleppung des Schulneubaus in Reick-Prohlis

In einer Elternversammlung der Stadtteile Reick und Prohlis wurde zur Verschleppung des Schulneubaus der 45. Volksschule folgende Entschiedenheit gefaßt: Die Elternschaft von Reick und Prohlis stellt mit Entrüstung fest, daß auch in diesem Jahre das Kaumelnd der 45. Volksschule noch nicht behoben werden wird. Ein Wohnhaus neben dem anderen schiebt in unserem Stadtteil aus der Erde, aber auf dem Gelände der zukünftigen Schule rührt sich keine Hand. Zahlreiche Kinder der Zuziehenden können wegen Ueberfüllung der Klassen nicht mehr in die 45. Volksschule aufgenommen werden und müssen täglich zwei- oder viermal die Straßenbahn benutzen, um in ihre in allen Stadtteilen verstreut liegenden Schulen zu gelangen. Es ist zu befürchten, daß dieser Uebelstand auch in den nächsten Jahren noch anhalten wird. Die Elternschaft sieht auch die Absicht des Rates, die neue Schule mit nur 16 Klassenzimmern und ohne Turnhalle zu errichten, als unhaltbar an. Diese Räume reichen nicht einmal für die bereits vorhandenen Schulkinder aus. Eine etwa beabsichtigte gleichzeitige Benutzung der kilometerweit auseinander gelegenen alten Schulgebäude in Reick und Prohlis würde eine Zersplitterung des Unterrichts mit sich bringen, die für eine ordentliche Lehrtätigkeit unerträglich ist. Die Elternschaft erwartet daher vom Rat und von den Stadtverordneten einen Beschluß, der endlich den auf der Hand liegenden Notwendigkeiten gerecht wird. Insbesondere fordert sie, daß nach Fertigstellung der Schulbaracke alle andere Schulen besuchenden Kinder sofort umgeholt werden. Die Elternschaft fordert den Rat auf, spätestens am 1. August den Schulneubau zu beginnen, andernfalls in einen Schulstreik getreten wird.

**Verkehrsunfälle.** In der Kreuzung Am See und Annenstraße wurde ein junger Mann beim Ueberfahren der Straße vom Koffizier eines Autos erfasst und zu Boden geworfen. Glücklicherweise erlitt er nur leichte Verletzungen. — Ein umgekehrter Heuwagen sperrte gestern auf der Leipziger Straße für

# „Im Dienste der Wirtschaft“

## Was Herr Dr. Nerischmann schreibt und — was er verschweigt!

Von Spiegel.

Der Dresdner Arbeitsnachweis hat für das Geschäftsjahr 1920/21 seinen Tätigkeitsbericht veröffentlicht. Der Verfasser ist der weiten Kreisen der Arbeiterschaft rühmlichst bekannte Direktor Dr. Nerischmann. Die Leitlinie dieses geschmackvoll ausgestatteten — nicht in der üblichen Art der trockenen statistischen Erfahrungen ausgeführten Buches ist in mehr als einer Hinsicht interessant.

### Die Massenarbeitslosigkeit

Ist in Deutschland und auch in vielen anderen Ländern seit 1918 zur Dauererscheinung geworden. Sie wird es auch, solange das kapitalistische Deutschland besteht. bleiben! Mancher „Politiker“, „Wirtschaftler“, bürgerliche und reformistische Sozialreformer bemüht sich im Schweiße seines Angesichts die „Analogie“ dieser Auffassung nachzuweisen. Sollten doch die Strafen der Damesonne die durch den Krieg hervorgerufenen Krisen bald und endgültig beseitigen!

Aber davon sieht man heute in dem deutschen Blätterwald nichts mehr — „Still ruht der See —“.

Auch die „Berufenen“ schweigen, und ergreifen sie wirklich einmal das Wort, um Stellung zu dem Problem Massenarbeitslosigkeit zu nehmen, dann klingen die Töne ihrer alles andere wie schwallenreichen Rede recht pessimistisch. Ueber den „guten Rat“ des Professors Gruber sind die Kapitalisten auch heute nicht hinaus.

### Im „Auswandern“

besteht bei ihnen die Lösung dieses Problems! Einen anderen Ausweg kennen sie nicht. Hilflos wie Ueberraschten vor der Wandtafel beim Leben, stehen die Doktoren und Professoren vor dem „graunen Gespenst“. Es liegt in dem Wesen der kapitalistischen Gesellschaft begründet, daß sie an ihren eigenen Widersprüchen zugrunde geht. Die Verteidiger dieser Gesellschaftsordnung sehen nur die Hebel, die Wurzeln derselben bleiben bei ihnen ein — Buch mit sieben Siegeln.

Die großen Perioden der Erwerbslosigkeit 1918 bis 1919 und 1923 bis 1924 bezeichnet Herr Dr. Nerischmann als „nur vorübergehende Erscheinungen, während der heutigen Lage leidet der Charakter größerer Beständigkeit eigen ist“. Das Geschäftsjahr begann mit einer Zahl von 32.500 Arbeitslosen im April 1920. Der geringste Bestand war im Oktober 1920 mit 29.300 Arbeitslosen zu verzeichnen, im Januar 1921 mit 30.400 Arbeitslosen mit 38.400 Erwerbslosen zu verzeichnen. Im Monat Dezember meldeten sich beispielsweise tagelang weit über tausend Personen in den Aufnahmestellen als erwerbslos an!

### Die Jugend, das billigste Ausbeutungsobjekt — die älteren können verrecken!

Ueber die Vermittlung der verschiedenen Altersgruppen heißt es in dem Bericht: Neben weiblichen Kräften wurden Jugendliche oft keine in unverständlicher Weise bevorzugt. Besonders die ungeliebten Berufe, aber auch die taufmännischen und technischen, forderten zumeist nur jugendliche Kräfte an. In dem Bericht für das Verkehrs- und Transportgewerbe wird ebenfalls gemeldet, daß „eine auffällige Bevorzugung jugendlicher Arbeitslöhner bei derlei Geschäften zu verzeichnen war, so daß ältere erst dann Aussicht auf Einstellung hatten, als jüngere Kräfte nicht mehr zur Verfügung standen. Die Anforderungen, die an diese jungen Kräfte gestellt wurden, waren aber teilweise außerordentlich hoch. Da sie diesen oft nicht gewachsen waren, erfolgte ein dauernder Wechsel der Arbeitskräfte.“

Hier zeigt sich in ganz drastischer Weise, wie die Unternehmer die Jugendlichen bei derlei Geschäften bei niedrigen Löhnen in ganz unerhörter Weise ausbeuten. Den Gewerkschaften erwächst die ernste Pflicht, mehr als bisher sich um die Lage der Jugendlichen zu kümmern!

### Wie eine Zitrone ausgequetscht und — weggeworfen!

Werden die Jugendlichen wegen ihrer grenzenlosen Ausbeutungsmöglichkeit bei außerordentlich niedrigen Löhnen oft angefordert, so muß man die Lage der älteren Arbeitslosen als geradezu katastrophal bezeichnen!

„Durch Geldmangel und umfängliche Rationalisierungsmaßnahmen wurden insbesondere auch ältere Angestellte, die jahrzehntelang im Beruf geblieben und sich reiche Kenntnisse angeeignet hatten, von der Kündigung betroffen, da sie sich infolge ihres Alters nicht mehr in dem gewünschten Maße umstellen vermochten. Der ältere, seit Jahren heillos angelegte ist somit eine der bedauerlichsten Erscheinungen auf dem Arbeitsmarkt geworden. Ihre trostlose Lage, die jede Hoffnung auf eine Wiederannahme in das Berufsleben vernichtet hat, läßt sich in ihrem vollen Umfang daran erkennen, daß sich Angestellte, die früher leitende Stellen und ausgeprägte Vertrauensstellungen inne hatten, heute ohne Bedenken um Pflanz- und Ausschleppstellen bewerben. Die Stellen von Ausführenden bei der Städtischen Straßenbahn werden von unqualifizierten Kaufleuten geradezu bestürmt.“ In eine Einbindung dieses Zustandes herbeizuführen, hat die Leitung des JAR bei städtischen und staatlichen Dienststellen es durchgesetzt, daß bei Neueinstellungen in erster Linie ältere Angestellte in Betracht kommen. — Diese Maßnahme kann nicht weh bedeuten als einen Tropfen auf einen heißen Stein!

### „Die Höchstgrenze bei Neueinstellungen betrug in der Industrie in der Regel 25 Jahre!“

Ein ähnlich trübes Bild zeigt sich auch in den anderen Zweigen der Industrie. Die größte Zahl der langfristigen älteren Erwerbslosen wird bei den Metallarbeitern gemeldet.

### In der Zigaretten- und Zigarrenindustrie

wurden im Berichtsjahr nur 519 männliche Arbeitslöhner vermittelt, denen eine Vermittlung von 4212 Tabakarbeiterinnen gegenübersteht. Infolge ihres Alters und ihres Gesundheitszustandes gestattete sich die Vermittlung männlicher Arbeitslöhner in außerberuflicher Tätigkeit besonders schwierig.

Das sind einige Auszüge aus dem Bericht über die Lage der älteren Arbeitslöhner. Sie zeigen die trostlose Lage und das grenzenlose Elend, in dem sich diese erwerbslosen Schichten befinden. Zurechtbar müssen sich die Folgen dieses Zustandes an dem rächen, die trotz aller schönen Reden nichts tun, um diesen Zustand zu bejagen!

### Umgekehrt.

Infolge der geringen Aussicht, wieder einmal im Beruf Arbeit zu bekommen, haben natürlich viele Arbeitslose einen anderen Beruf ergriffen. Am häufigsten dürfte sich dies in der Gruppe der Schuhmacher und Bäcker auswirken. In der letzten Gruppe haben circa ein Drittel ihren Beruf aufgegeben! Vier Jahre umsonst gelernt!

Im Gegenjahre zu fast allen Berufen, zeigte das Friseurgewerbe eine erfreuliche Entwicklung. Der Publikopf hat sich auch auf den Arbeitsmarkt ausgeweitet. Die Zahl der Hausfriseurinnen ist im Geschäftsjahr um 100 Prozent gestiegen!

### „Die Abneigung gegen die Landarbeit.“

In dem Bericht über dieses Kapitel wird besonders über die Schwierigkeiten bei der Vermittlung gefaßt: Circa 6000 Vermittlungen wurden vorgenommen. Das Ergebnis ist als

dies ist zweifelsohne das dunkelste Kapitel in der allgemeinen Tätigkeit des JAR. Ueber die Gründe, die bei der Ablehnung der Landarbeit angeführt werden, heißt es unter anderem, daß „die den meisten Arbeitslühenden unzulänglich erscheinende (!) Entlohnung, das frühzeitige Aufstehen und der Verzicht auf so mancherlei Abwechslung des Stadtlebens ihnen weit unangenehmer sei als eine etwaige Unterstützungszuziehung. Junge Mädchen gaben auf Befragen vorwiegend an, daß sie sich der Landarbeit körperlich nicht gewachsen fühlten. Dieser Teil des Berichtes ist tatsächlich der Gipfel der — „Arbeiterfreundlichkeit“. Schon immer erdreisteten sich die von den Freunden der Stadt oder des Staates in mehr als gehobener Stellung Lebenden — das heißt von unseren Steuergeldern! — über „zu hohe Löhne“ der Arbeiter oder über „unzulänglich erscheinende Entlohnung“ zu sprechen.

Sollten Herrn Dr. Nerischmann tatsächlich die niedrigen Löhne und die sonstigen schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen unbekannt sein? Der Deutsche Landarbeiterverband würde ihm sicher gern die nötige Aufklärung darüber geben! Auf derselben Seite, auf der Dr. Nerischmann von den „unzulänglich erscheinenden Löhnen“ schreibt, muß er selbst eine ganze Reihe Gründe anführen, die die Ablehnung betreffen. „Die Ablehnung für Landwirtschaft wies in den Monaten Dezember 1920 und Januar 1921 einen Bestand von über 1000 Arbeitslühenden auf. Aus dieser Zahl geht hervor, daß die landwirtschaftlichen Arbeitgeber während des Winters nur die allergeringsten Arbeitskräfte in ihren Betrieben behalten haben. Jede irgendwie entbehrliche Arbeitskraft wurde entlassen. Unter den Entlassenen befanden sich viele, die jahrelang auf ihrer Arbeitsstelle gewesen waren. Wie später beobachtet wurde, sind diese Arbeitskräfte der Landwirtschaft restlos verloren gegangen!“

Deshalb jagen auch so viele langfristige Erwerbslose, Landarbeit anzunehmen, weil sie sehen mußten, daß größtenteils nur eine Beschäftigung während der Dauer der Feldarbeiten in Frage kam. Ein Unterkommen in ihren früheren Berufen ist nach einem Aufenthalt in der Landwirtschaft doppelt schwer.“

Herr Dr. Nerischmann muß hier also selbst feststellen, daß viele Erwerbslose dadurch, daß die Arbeit nur für die wenigen Sommermonate in Betracht kommt, hereditärweise die Landarbeit scheuten. Ist das verwunderlich? Von 5 Uhr bis 20 Uhr und noch länger für Bettelstühle schufteten um dann im Winter wieder Klempe gehen zu dürfen — wer soll dazu Lust verspüren? Schafft anständige Wohngelegenheiten, regelt die Arbeitszeit nach den Forderungen der Landarbeiter und sorgt für menschenwürdige Löhne! Das würde sinnvoller Kampf gegen die heute nur zu hereditäre Abneigung gegen die Landarbeit bedeuten.

Warum verschweigt Herr Dr. Nerischmann die Zahl derjenigen, die durch Ablehnung der Landarbeit ihrer Unterbringung verlustig gingen? Für die breite Öffentlichkeit ist dies sicher von großer Wichtigkeit. Es wäre dazu dann vielleicht noch so manches zu sagen. . . .

### „Der Arbeitsnachweis im Dienste der Wirtschaft“

so kann man auf der ersten Seite lesen — jamaobi im Dienste der Wirtschaft, nur hat Herr Dr. Nerischmann vergessen zu schreiben, der — kapitalistischen Wirtschaft!

Wenn es zum Schluss des Berichtes heißt: „Sein Tun ist getragen von der innersten Ueberzeugung von der Einheit unserer ganzen Wirtschaft und von der untrennbaren Verknüpfung des Wohlstandes und der Befehle der Arbeitgeber und Arbeitnehmer“, so sagen wir:

Wir kennen die Weisheit, wir kennen den Text! Wir kennen auch die Verfasser! Diese Tiraden sind den Arbeitern keine neuen Klänge mehr. Arbeitsgemeinschaft mit Scheinbaren Jungeländchen, damit will man die Arbeiter beneheln, um sie dadurch um so besser ausbeuten zu können. Diese Redewendung hat ein Loch! Die Arbeiter haben die bitteren Erfahrungen von 1911 bis 1921 hinter sich und die Lehren:

nicht Arbeitsgemeinschaft und Freigewissen, sondern rücksichtsloser Klassenkampf kann die Lage der Arbeiter verbessern!

**Die Feuerwehr.** Am Montag wurde die Feuerwehr 12.30 Uhr nach Viktorstraße 18 gerufen. Dort brannten im Hofe Häuser, die mit ihrem Lösgerät gelöscht wurden. — 15.31 Uhr wurde in der Göttschestraße ein durch Sturm umgebrochener Baum, der über die Straße lag, beseitigt werden. — 18.34 Uhr waren Jagdweg 13 in einer Küche Speiser auf dem Gasloch in Brand geraten. — 23.03 Uhr fand ein Alarm nach der Hauptstraße 8 statt. Hier war im Hinterhof ein Feuer ausgebrochen, das an den aufgehängten Holzvorhängen, den hölzernen Wänden und dem Zwischenboden reichliche Nahrung fand. Das Feuer konnte nach Wegnahme von drei Schlauchleitungen in kurzer Zeit zum Stillstand gebracht werden. Nach etwa 1 1/2 Stunden Tätigkeit konnten die Verbleibende der Feuerwehr wieder abrücken, während die auf dem Brandplatz verbliebenen Wache erst um 3 Uhr zurückgenommen werden konnte. Die Ursache des Brandes konnte nicht einwandfrei festgestellt werden. — Am Dienstag fand ein Ruf 5.14 Uhr nach der Hauptstraße 46 statt, wo in einer Küche der Fußboden und Balken in Brand geraten waren. Der Brandherd wurde freigelegt und abgeblöht.

**Volkshochschule.** Rufus Obergarbenmeister Fr. Richter: Die Führung am Sonnabend dem 25. Juni fällt aus, dafür 16 Uhr Treffen an der Stadtgrenze der Linie 7 (Industriegebiet) zur Wanderung durch die Heide (Charakterpflanzen der Heide), abends Vereinerung an der Sonnenwendefeier auf dem Jägerhübel. Nächste Führung: Sonnabend den 9. Juli.

### Rundfunk

Donnerstag, den 23. Juni:

16.30—17.45 Uhr: Nachmittagskonzert des Dresdener Streichquartetts.  
17.45—18 Uhr: Vortrag: Dr. Herbert Roth: „Zum 60. Geburtstag Robert Sterks.“  
18.05—18.20 Uhr: Steuerrundfunk.  
18.20—18.30 Uhr: Aufwertungsrundfunk.  
18.30—18.55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. G. von Esleren und C. M. Alfieri: Spanisch für Fortgeschrittene.  
19—19.30 Uhr: Walter Jäger, München: „Der deutsche Handwerker in der Vergangenheit.“  
19.30—20 Uhr: Dr. Hellmuth Unger: Reisetage im westindischen Archipel. 1. Vortrag: „Auf den Bermudas und in Jamaika.“  
20 Uhr: Wetternachricht, Zeitangabe und geschäftliche Mitteilungen.  
20.15 Uhr: Spanischer Abend Mitwirkende: Hans Peter Schmitzdel (Blauerei), Josef Arabé und Harry Langewisch (Klavieristen) und das Leipziger Sinfonie-Orchester (Dirigent: Dr. F. K. Dusek).  
22 Uhr: Funkpranger.  
Etwa 22.10 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.  
22.30 Uhr: Funktitel.

**Boraussehtliches Wetter am 22. und 23. Juni.** Nach übergehend heftigen Niederschlägen und gemüßterartigen Stürmen am heutigen Tage morgen wieder aufläuternd. Temperaturen noch heute zurückgehend und dann bis in die morgige



### „Objektivität“ des Staatsanwalts

Verleihen die Leser nun, weshalb der Staatsanwalt sich gleich im Beginn der Verhandlung für völligen Ausschluß der Öffentlichkeit einsetzte? Die überauswichtig anwesenden Pressevertreter der bedeutendsten Zeitungen Deutschlands und großer Korrespondenzbüros, die ihrerseits wieder Laufende von Zeitungen unterrichteten, die durften doch umsohin die Kronzeugen der Staatsanwaltschaft kennen lernen, auf deren verlogenen Aussagen die Anklageschrift aufgebaut worden war. Was in politischen Prozessen gegen revolutionäre Arbeiter die Aussagen der Spiegel bedeuten, hier taten es die gefälschten falschen Kronzeugen der Staatsanwaltschaft. Wir gönnen dem Ersten Staatsanwalt diese Zeugen. Er nahm sich ihrer mit gewaltiger Weisheit und Deutlichkeit an. Er entwarf in ihnen Jüge der Ehrbarkeit und Wahrheitsliebe. Schade nur, daß die bekanntesten Gerichtsberichterhalter der bedeutendsten Zeitungen diese Daten anders einschätzten. Daher auch die Wutbilde des Ersten Staatsanwalts auf die Horde von Journalisten, die nach seinem abgeleiteten Ausschlußantrag drei Tage der Verhandlung folgten und nun in ihren Zeitungen Hohn und Spott auf die Bremer Justiz fabelweis ausgießen. Rein Wort mehr über die Don Cuischotterie des Staatsanwalts gegen die Presse. Unsterblich ist darin seine Blamage. Unsterblich auch seine „Objektivität“, die er der Presse einzupumpfen versuchte. Er fand nur in dem Polizeiorgan, den „Nachrichten“, ein empfängliches Medium.

### Drangsalierungen beim Untersuchungsrichter

Und dann ein anderes bekanntes Lied. Viele der als Belastungszeugen gebrauchten entpuppten sich als Entlastungszeugen. Sie gaben bekannt, wie sie vom Untersuchungsrichter Dr. Carlens „drangsalierter“ wurden, da er durchaus Ungünstiges von ihnen hören wollte. Ein alles Lied, ein bekanntes Lied. Landgerichtsdirektor Jürgens hat nicht umsonst der deutschen Justiz seinen Stempel aufgedrückt. Foltermethoden aus dem Mittelalter werden in geistiger und jenseitiger Begleitung prompt angewandt, wenn es gilt, eine

Frau als gemeine Krupplerbelle zu brandmarken, die es gewagt hat, gegen die korrupten Zustände in der Hindenburg-Republik öffentlich Anklage zu erheben.

### Ein offiziöser und ein verkappter Staatsanwalt

Ein „Volksgericht“ hat gesprochen, so sagen die „Nachrichten“. Der Vorsitzende war ein Richter, der selten Strafsprozesse führt; sein Beisitzer aber war noch vor vier Wochen direkter Untergeordneter des Ersten Staatsanwalts Dr. Dreßler und selbst als Staatsanwalt tätig. Dr. Bolland war der fanatische Republik des Prozesses. Er wisperte und flüsterte im Verhandlungsloale leise dem Vorsitzenden die Fragen vor, er kannte als Referent die Akten und hat im Beratungszimmer umso lauter für „Schuldig“ gesprochen. Er war schon bei Beginn der Verhandlung von der Schuld der Angeklagten überzeugt. Er hat sich auch vor der Verhandlung schon ähnlich geäußert und gemeint, die Sache läge doch ganz einfach, er verstände gar nicht, weshalb solch große Sache daraus gemacht würde! Und es ist gewiß kein Zufall, daß ausgerechnet gleich nach der Verhandlung sich kein früherer Kollege, Staatsanwalt Dr. Reih, bei Bolland nach dem Ausgang des Prozesses erkundigte.

Als objektiver Richter fiel Dr. Bolland also ganz bestimmt aus, dafür hatte aber die Angeklagte ja zwei Staatsanwälte gegen sich, einen offiziell und wie Schlot bis zum Schluß auf seinen Schein bestehend und einen gewissen, offiziell sich als objektiven Richter geltenden.

Die Schöffen existierten im Verhandlungsloale nicht für den Vorsitzenden. Sie wurden hier nicht gefragt und schauten teilnahmslos der Verhandlung zu, wenigstens der männliche Schöffe. Der weibliche dagegen hatte als Schwester ein Mitglied der Bremischen Bürgererschaft von der volksparteilichen Fraktion. Derjenigen Fraktion, der mehrere Mitglieder als Senatoren angehören und deren Reforts durch das Buch der Angeklagten auf das Schwere kompromittiert waren. Diese liefern Zusammenhänge des „Volksgerichts“ aufzuheben, halten wir für unsere Pflicht.

### Vertauschte Rollen

Das „Volksgericht“ hat gesprochen. Eine Sachverständigenwichtige Zeugen waren nicht geladen, fast alle Beweisanträge der Verteidigung fielen unter den Tisch. Die „Kulturmole“ der herrschenden Klasse, die in der Inflationzeit für ihre Dollars und Gulden nicht nur die arme Elisabeth Kolomak, sondern auch den Teufel tanzen lassen konnten, die saßen nicht auf der Anklagebank. Die legitime gottgewollte Gesellschaftsordnung ebenso wenig als die Verge, die ein armes Mädchen mit Salvarian, Wiemuth und Nigol zu Tode trieben. Die wahre Gerechtigkeit, die die hartnäckigen Händen und kaltem Herzen in ein lebensstüftiges Menschenleben eintritt. Rein, auf die Anklagebank sah die arme Schwesternfrau, die durch ihr tapferes Buch offen die Masse der Wechseltätigkeit vom Gesicht rief und ihre Anklage laut in die Welt hinausrief. Sie ist formell verurteilt und zur Verbrecherin verurteilt. Götin Gerechtigkeit wollte es so. Was man Frau Kolomak zur Last legte, trägt sich in Deutschland millionenfach zu Frau Kolomak wurde verurteilt, weil ihre Anklage, und Richter mit schuldig sind an diesen Zuständen.

Verurteilung ist eingetragelt worden. Noch einmal wird die gesunde Mutter in mehrjähriger Behandlung das Leben und Sterben ihres so viel geliebten Kindes erleben müssen. Nach dem Verurteilungsurteil ausfallen wie es will, eines ist sicher.

In dieser Gesellschaftsordnung gibt es keine Gerechtigkeit. Sie wird erst sein in einer neuen und besseren. Im wahren sozialistischen Staat, der nicht nur die Wirkungen der Prostitution und Kruppelei bekämpft wird, sondern deren Ursachen mit Stumpf und Eisen ausrottet. Mögen die „Gerechten“ in ihres Sieges erfreuen, es kommt ein Tag, da die Richter sein werden, die heute und morgen von der Justizmaschinerie der herrschenden Klasse jermalmt werden.

Das Uebermorgen gehört den Ausgebeuteten der Welt, gehört dem revolutionären Proletariat, gehört uns!

Dann erst wird auch die vom Leben Gefährte, d. h. vom kapitalistischen Staat Gemordete gerächt werden:

Elisbeth Kolomak

## ★ Aus Ostfriesland ★

### Freital! Achtung!

Alle Parteigenossen sowie UH- und KVB-Mitglieder, insbesondere Maurer und Bauarbeiter, werden hierdurch aufgefordert, sich am Sonnabend nachmittag und Sonntag früh an den Arbeiten auf dem UH-Kinderheimplatz zu beteiligen.

### Talsperre Lehmühle ...

Erlebnisse eines Arbeiters.

Von dem Arbeitsnachweis nach langer Wartezeit vermittelt, hofften wir, nun endlich ein paar Mark zu verdienen, um die Schulden, die durch die lange Arbeitslosigkeit entstanden waren, abzustoßen. Doch bald wurden wir eines besseren belehrt. Auf dem Bauplatz angekommen, wies man uns zum Aufenthalt die Baracken an. Durch Zufall erhielten wir aber Quartier in Hartmannsdorf; dies liegt etwa eine halbe Stunde entfernt. Als wir zur ersten Schicht antraten, sahen wir bereits, wie leichtsinnig man hier mit Arbeiterleben spielt. Es können ja ruhig ein paar Arbeiter zum Teufel gehen, es gibt ja noch so viele Arbeitslose! Auf drei Stufen übereinander werden Steine gebrochen, so daß

### Die beiden unteren Kolonnen ständig in Lebensgefahr

stehen. Das beweisen auch die Unfälle, die täglich vorkommen. Für den ganzen Betrieb steht ein Samartier zur Verfügung, der 16 Stunden Dienst zu verrichten hat. Am Donnerstag mittag ging plötzlich, während die Kolonnen arbeiteten, ein Schuß los. Daß niemand erheblich verletzt wurde, ist nicht das Verdienst der Bauleitung. Als Vorarbeiter und Schichtmeister fungieren zum größten Teil Leute, die sehr an die Unteroffiziere der alten Militärszeit erinnern. Durch Anbrüllen der Arbeiter versuchen diese sich beim Bauarbeiter beliebt zu machen. Wir raten denjenigen nur: Ueberpannt nicht die Geduldssäulen der Arbeiter, denn die Folgen könnten schlimm ausfallen für euch! Wir wünschen und hoffen, daß sich einmal Arbeiter-Abgeordnete des Sächsischen Landtages auf der Baustelle während der Arbeitszeit sehen lassen und selbst Rücksprache mit den Arbeitern nehmen.

Ein weiteres Kapitel ist der Lohn (76 Pf. pro Stunde). Was an Schuhen und Kleidung heruntergerissen wird, kann nur der ermeßen, dem es selbst passiert. Auch hier muß Abhilfe geschaffen werden. Vielleicht kann man an ein paar Aufpassern sparen, denn deren gibt es genug dort. Ueber die Kantinenverhältnisse wird noch besonders zu schreiben sein, denn da schreiben die Zustände auch nachgerade zum Himmel! (1/2 Liter Buttermilch 0,15 Mk., davon 50 Prozent Wasser.) Wir hoffen, daß diese Zeilen dazu beitragen, der Gewerbeinspektion den Weg nach Reichstädt

zu zeigen, sie wird dort Dinge sehen, die aller Kultur Hohn sprechen.

Jhadwih. Zum Kinderfest mit Lampionzug am 25. 6. eruchen wir alle Eltern, ihre Kinder zu ein paar angenehmen und fröhlichen Stunden zu schicken. 1 Lampion 10 bis 15 Pf Kartell für Kultur-, Sport- und Körperpflege.

### Ein „teutisches“ Gänsefest

(Arbeiterkorrespondenz)

Vom 18. bis 20. Juni veranstalteten der Oberläufiger Sängerbund das mit vielem Tamtam und großer Reklame angekündigte Sängerefest in Baugen. Am Sonnabend nachmittag trafen auswärtige Sänger ein, welche den Auftakt zu dem bürgerlichen Rummel bildeten. Abends fand ein Kommerz für Sänger statt, wo Bundesvorsitzender Werner, Oberbürgermeister Riedner, Baugener, sächsischer Unterrichtsminister Dr. Kaiser, Bürgermeister Roth, Leipzig und Dr. Dentschel Begrüßungsansprachen hielten mit dem Hauptinhalt: „Halte zum deutschen Lied und Song und zum teutschen Vaterland, steht fest zusammen gegen den inneren und äußeren Feind“, das war der Ausklang ihrer Reden. Mit dem Deutschlandlied wurde diese Veranstaltung geschlossen und die mutige Sängerschaft ging dann in den Gasthäusern unter. Die Polizeistunde war bis um 5 Uhr verlängert worden und so war es nicht verwunderlich, wenn die Bevölkerung dauernd in ihrer natürlichen Ruhe von radaulustigen Gesangsbrüdern gestört wurde.

Sonntag vormittag fanden Gesangsaufführungen statt. Nachmittags wartete das Baugener Bürgertum auf den schon Wochen vorher angekündigten Festzug der 5000, statt dessen waren es nur 3000 Sänger, welche unter den Klängen des Deutschlandliedes die Straßen durchzogen. Im Zuge selbst sah man Transparente und auch Bergarbeiter in ihrer Tracht, ein großes Freizeil tragend. Gar manchem Sänger konnte man es anmerken, daß es ihnen nicht recht war, hatte es doch die Festleitung und das Bürgertum verstanden, dem Zuge ein monarchistisches Gepräge zu geben. „Baugen im Hageneschmud“ jubelte die bürgerliche Presse am Sonnabend. Arbeiter Baugens, habt ihr gesehen und es euch gemerkt, wer euch die Klagen der wilhelminischen Zeit präsenierte?! Waren es doch hauptsächlich Geschäftsleute, welche die schwarz-weiß-rote Fahne hielten, die Farben als Symbol des Kampfes gegen die Arbeiterklasse, gebt ihnen auf diese Verhöhnung der Arbeiterschaft die gebührende Antwort. Den Sängern, die sich meistens aus Arbeitern, kleinen Beamten und Kleinbauern rekrutierten, wollen wir an dieser Stelle noch zurufen:

Los von den bürgerlichen Gesangsvereinen! Hinein in den Arbeitergesangsverein!

### Berufungsveranstaltungskalender

#### Kommunistische Partei

- Freital, Unterbezirks-Gewerkschaftsversammlung in der Reihhörschänke Gittersee; 19.30 Uhr.**
- Donnerstag, den 23. Juni:**
- Stadteil 2, Stragenselle C, Mitgliederversammlung bei Frommhold's; 20 Uhr.**
- Stadteil 6, Rosthal-Dölzchen, Mitgliederversammlung in Brauns Gasthof, Dölzchen; 19.30 Uhr.**
- Coswig, Mitgliederversammlung im Dresdner Hof; 16 Uhr.**
- Demitz-Thumitz, Antikriegsfundgebung in Knochs Gasthof; 17 Uhr.**
- Freital, Frauenversammlung im Rest. Goldene Sonne in Uhr.**
- Cohmannsdorf, Mitgliederversammlung im Gemeindeamt; 19.30 Uhr.**
- Kleinnaundorf, Mitgliederversammlung im Rest. Erholung; 20 Uhr. Ref. über pol. Lage und Kriegsgefahr.**
- Freitag, den 24. Juni:**
- Stadteil 1, 19.30 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Landsknecht, Wartburg, Ecke Löcherstraße. Referat, Neuwahl.**
- U B P i n a. Die für Freitag den 24. Juni, ab 19.30 Uhr im Volkshaus angelegte Parteiarbeiterkonferenz findet umhändehaber erst am Dienstag den 28. Juni zur selben Zeit im Volkshaus Pina statt. UB-Zeitung.**
- Kommunistischer Jugendverband**
- Mittwoch, den 22. Juni:**
- Johannstadt, Gruppenabend bei Frommhold's, Gerofstr. 7. Vortrag über: 10 Jahre Sowjetunion. Bringt Sympathisierende mit!**
- Donnerstag, den 23. Juni:**
- Altkad. Stellen Fährholplatz zur Abendwanderung; 19 Uhr. Gäste willkommen.**
- Reustadt, Gruppenabend im Rest. Kamerad; 19.30 Uhr.**

**Jhadwih, Gruppenabend im Rest. Lehmann, Simonstraße; 19.30 Uhr.** Ein ausländischer Genosse spricht über die politische Lage.

**Baugen, Gruppenabend. Vortrag über: Sozialdemokratie und der Krieg.**

#### Freitag, den 24. Juni:

**U B 11, Bezirk, Leuben und Umgebung, Gruppenabend im Gasthof Leuben; 19.30 Uhr. Thema: Ueber Klassen.** Alle Genossen aus dem KVB haben dort zu erscheinen. Bringt eure Kollegen aus dem Betrieb mit!

#### Jung-Spartakus-Bund

**Mittwoch, den 22. Juni:**- Reustadt-Ost, Gruppenabend bei Berger, Fähr-Reuter, Ecke Helgolandsstraße; 17.30 Uhr.** Es ist Pflicht aller Genossen, zu erscheinen.

#### Roter Frontkämpferbund

**Freitag, den 24. Juni:**

- Abteilung 6, Zug 2, 19.30 Uhr Jugerversammlung im Restaurant Schweres Geschütz, Lohberg 29.** Alle Funktionäre haben ihre Kameraden einzuladen. Erscheinen ist Pflicht.
- Ortsgruppe Freital, 19.30 Uhr im Restaurant Sächsischer Wolf (kleiner Saal) außerordentliche, wichtige Mitgliederversammlung. Thema: Meine Erlebnisse in Berlin.** Sympathisierende Arbeiter und Arbeiterinnen sind hiermit herzlich eingeladen.
- Ortsgruppe Radeberg, 19.30 Uhr Mitgliederversammlung im Gelewisch.** Vollständiges Erscheinen notwendig, da wichtige Tagesordnung.
- Ortsgruppe Otterdorf-Ostria, 19.30 Uhr Versammlung mit KVB bei Gührs.** Alle Kameraden, die bei Walters arbeiten, müssen schon 18.30 Uhr da sein.

**Achtung! Alle Partei- sowie Jugendgenossen, die mit zum Roten Treffen nach Wilshofsweda fahren wollen, müssen sich bis spätestens Sonnabend mittag beim Kameraden Otto Grünberg melden. 2 Mark für die Autofahrt müssen im voraus bezahlt werden.**

**Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung E. B.** Ortsgruppe Postwitz, Bad Schandau u. Umg. Sonnabend 25. Juni abends. Gruppenabend in Rest. Gasthof Postwitz.

**3Winkler-Läden**  
— Qualität! —  
**Ob man schreibt, fährt oder näht!**  
Wir führen Fahrräder für größte Ansprüche, vor allem die Weltmarke „Naumann-Bermania“  
Schon ab **65 Mark** ein tadelloses Spezial-Herrenrad  
Wochenrate: 3 Mark  
Ganz kleine Anzahlung!



**3Winkler-Läden**  
Struvestr. 9, Johannisstr. 19, Proger Str. 36

## Arbeiterschach

Bearbeitet vom Deutschen Arbeiterschachbund  
Sitz Chemnitz, Zwickauer Str. 152 Volkshaus.  
Dresden den 22. Juni 1927

- Partie Nr. 2  
**Unregelmäßig**  
Das Tempo!  
Gespielt 1927 durch Korrespondenz.
- Weiß: Zeidler, Neumünster. Schwarz: Lamm, Nied a. M.
1. f2-f4 b7-b6  
2. e2-e4 e7-e6  
3. Sbl-c3 e7-e6  
4. d2-d4 c7-c5
- Schwarz wird sich unten. Dem offenen Spiel des Weißen wollte er doch anscheinend ein geschlossenes, festes Spiel entgegenzusetzen. Er nebst Sd7, um sich später zu befreien, war logisch.
5. Sg1-f3 e5xd4  
Schwarz verschenkt unnötig ein wichtiges Tempo.  
6. Sf3xd4 d7-d5?  
7. Lf1-b5+! e7-e6  
Weiß holt sich ein zweites Entwicklungstempo und gelangt scharf in Führung.
8. Sd4-c6 Sb8-d7  
Dd8-c8  
Der Zug sieht recht gekünstelt aus und doch ist er verständlich. Auf LX8 folgt 9. LXL, LXd5 und nach 13. LXe7 entstand für beide Spieler ein wildes Chaos.  
9. Sc6-e5 Sg8-f6  
10. e4xd5 Lf8-b4  
Fesselung mit Entwicklung; also ein Tempo wird zurückgeholt!
11. Lc1-d2 Lb7xd3?  
Richtig war LXe3; 12. LXL, LXd5 und nach 13. LXe7 entstand für beide Spieler ein wildes Chaos.  
12. Sc3xd5 Lb4xd2+  
13. Dd1xd2 e6xd5  
14. Se5xd7 Sf6xd7  
15. Dd2xd5  
Schwarz gibt auf.  
Es konnte noch folgen: 15. .... Td8; 16. 0-0-0, Td7; 17. Th-e1+, Kd8; 18. DXf7 usw.  
Weiß hat die Partie vortrefflich geführt.
- (Anmerkungen von Dankert, Kiel.)

**Schachnachrichten**  
**Dresden:** Die letzte Runde der Abteilungsweitschach brachte folgende Resultate: Röstau 1-Johannstadt 8½:1½, Altstadt-Kaditz 11:3, Pieschen-Mitteln 12:1, Reustadt-Göh-tau 2:7 (1 Sänge), Striesen-Leuben 3½:4½, Stehlich-Schwitz 5:1, Rath-Schwarzer Turm 7½:3¼. Als Siegergruppe geht Röstau 1 heroor mit 104,3 Gewinns, 27,7 Verlustpunkten, als zweiter Pieschen mit 91 Gewinns, 41 Verlustpunkten, dann folgt Altstadt mit 80,8 Gewinns, 51,4 Verlustpunkten, Johannstadt 77,2 Gewinns, 54,8 Verlustpunkten, Reustadt 75,9 Gewinns, 56,1 Verlustpunkten, Leuben 74,1 Gewinns, 57,9 Verlustpunkten, Striesen 73,3 Gewinns, 58,7 Verlustpunkten, Kaditz 67,7 Gewinns, 64,3 Verlustpunkten, Mitteln 62,6 Gewinns, 69,4 Verlustpunkten, Röstau 2 39,5 Gewinns, 92,2 Verlustpunkten, Stehlich 24,6 Gewinns, 107,4 Verlustpunkten, Schwitz 21,0 Gewinns, 111,0 Verlustpunkten.

**Dresden.** Das diesjährige Befähigungsturnier beginnt am 10 Juli (Lokal und Zeit werden noch bekanntgegeben). Beteiligten können sich alle Schachgenossen des Dresdener Arbeiterschachvereins. Das Turnier läuft in 13 Gruppen. Alle Schachgenossen, die daran teilnehmen wollen, müssen sich spätestens bis zum 1 Juli bei den Spielleitern melden.



**Ämliche Bekanntmachungen**

— Freitag —  
Zum sofortigen Dienstantritt werden zwei Angestellte einer nur vorübergehend, gesucht.  
Bewerber mit guter Vorbildung wollen Gesuche mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis Freitag, den 24. Juni 1927 einreichen an den Rat der Stadt Freitag.

**Voranzeige!**

Der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Heidenau-Pirna, hat den 28. August 1927 als

**Fest der Arbeit**

bestimmt. Alle Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Vereinigungen werden ersucht, diesen Tag für das Fest der Arbeit freizuhalten. Es sind zu diesem Tage keine weiteren Veranstaltungen zu treffen.

**Kluge Eheleute!** Alle sanit. Bed.-Art. f. Männer, Frauen, Säuglinge / Gummiwaren, Spülapp. R. Freisleben, Dresden-A., Postplatz

\*\*\*\*\*  
★ **V.-O.-Lichtspiele** ★  
★ im Volkshaus Dresden-Ost ★  
★ Schandauer Str. 73, Ecke Altenberger Straße ★  
★ Ab Donnerstag bis mit Sonnabend (23. bis 25. Juni) ★  
★ Der Welt größter u. spannendster Polizeifilm ★  
★ **Die Mädchenhändler** ★  
★ von **New York** ★  
★ Ein Dokument zur Sittengeschichte unserer Zeit, 7 Akte ★  
★ Außerdem: **Großes Beiprogramm** ★  
★ mit neuester Emelka-Wochenschau ★  
★ **Vorführungen: 1/7 und 1/9 Uhr** ★  
\*\*\*\*\*

**ANZEIGEN**

haben den denkbar besten Erfolg in der **ARBEITERSTIMME**

Sämtliche altbekannten

**Biere**  
liefert frei Haus und Handlung

**Kurt Noack**  
Dohnaischer Platz

**Ernst Busch**  
Zwickauer Str. 110

**Möbel-geschäft**

**Fahrräder**  
Diamant, Mars  
Corona, Viktoria  
Rep. leicht u. haltbar  
Reparaturen  
schnell und preiswert  
**G. Marlini**  
Kesselsdorfer Str. 26

**Die beste Butter der Welt**  
wünscht sich jede kluge Hausfrau

Wir führen in unseren sämtlichen Verteilungsstellen nur die als die beste Butter der Welt geltende

**Feinste dänische Molkereibutter**  
Original-Auswiegung . . . Pfund 2.10 RM.

**Feinste dänische Molkereibutter**  
in Halbpfundstücken . . . Stück 1.00 RM.

**Konsumverein Vorwärts**  
Warenabgabe nur an Mitglieder

**GRÜNE WIESE**  
Die beliebten **Balltage**  
Donnerstags: Herren 80, Damen 60,4  
Sonntags: Tanzmarken — Tanzbändchen

**Dresdner Fischhallen**  
Dresden-A., Webergasse 17  
Ecke Quergasse  
Vom Allmarkt aus linke Seite

**CARL WEISE**  
Inhaber: Georg Weise  
Uhren / Goldwaren / Optik  
**Werbt** Leser für die **Arbeiterstimme**

**Musik-Instrumente**  
Fremdein, Fremdein, Martin-Pianos usw. kaufen Sie billigst bei  
**Lorenz, Lütichaust. 6**  
Fähr. 10129, Alte Reorat.

**Bettfedern-Reinigung** mit elektr. Betrieb (hygienisch)  
**Marie Steiner**  
Meißen, Ploßentweg 2

**D** **Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ost-Sachsen** **D**

DRESDEN-ALTSTADT			
<b>Wurst-Schneider</b> Fleisch- u. Wurstwaren Frühstückstube Trompeterstr. 13 27423	<b>Leser, berücksichtigt bei Euern Einkäufen unsere Inserenten!</b>	<b>Julius Scholz &amp; Co.</b> Wettinerstraße 49 Frauenstraße 8-10 Man sagt: Qualität, Auswahl und immer billig!	
BISCHOFSWERDA			
<b>fl. Fleisch- und Wurstwaren</b> <b>PAUL FRENZEL</b> Bahnhofstraße 9 27468	<b>Modellwaren — Konfektion</b> Paul Seidel, Altmarkt 21 27459	<b>Gasthof „Zum neuen Anbau“</b> Jeden Sonntag öffentl. Ball. 5-7 Uhr Tanz frei. Gedwigg verw. Hause 27465	<b>Max Sickert</b> Lausa b. Dresden Lohn-Lastkraftwagenbetrieb Spedition — Kohlen Fernruf: Amt Hermsdorf Nr. 107
<b>Hüte / Mützen / Herrenartikel</b> <b>Heinrich Drach</b> Kirchstraße 15 27463	<b>HERMANN MEIER</b> Damen- und Herren-Friseur, Bahnhofstraße 5 27458	<b>Freiberg</b> <b>Neues Lichtspielhaus</b> Stadtpark Freiberg <b>Fischerstraße 21</b> Größtes Theater — 800 Plätze	<b>KLOTZSCHE-HELLERAU</b> <b>Georg Groß</b> Brennmaterial / Getreide und Futtermittel Kloßsche, Hauptstr. 12, Tel. 68
<b>Lederhandlung — Ausschnitte</b> H. Urban, Hermannstraße 3 27423	<b>Sanitätshaus Richter</b> Gummiwaren, Babywäsche, Zahnarzt 27457	<b>ARTHUR NEUBERT &amp; Co.</b> Stollhausgasse 7 Fahrräder / Nähmaschinen / Sprechapparate Neuzzeitliche Reparaturwerkstatt 26788	<b>DEMITS-THUMITZ (SA.)</b> Herrenschnelderei, Maß- und Konfektiongeschäft <b>JOHANN KREBS</b> 27432
<b>Haus- und Küchengeräte</b> Ferd. Desselberger, Dresdener Straße 3 27419	<b>Fahrräder, Nähmesch., Kinderwagen, Reparatur</b> Martin Schreier, Schmiedegasse 2 27456	<b>KRAUTERGEWOLBE</b> Robert Stahr, Weingasse 1 empfehl. Tarragona Ltr. & 1.35, Melago Ltr. & 2.00	<b>GASTHOF ZUR ERHOLUNG</b> Gastwirtschaft und Fischerei. <b>PAUL BEYER</b> 27431
<b>Musikhaus Paul Biesold, Altmarkt</b> 27462	<b>Zigarrenhaus Reinhold Melzer</b> Bahnhofstraße und Kirchstraße 27428	<b>OTTENDORF-OKRILLA</b> <b>Hermann Krüger</b> Kolonialwaren	<b>GASTHOF LANGE, Nr. 40</b> Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Nudelfabrikation 27430
<b>Schokoladen — Konfitüren</b> <b>MAX WEISE</b> , Bahnhofstraße, Ecke Markt 27424	<b>Kohlen — Holz</b> <b>B. Eisenbeiß &amp; Sohn</b> 27421	<b>Kreuz-Drogerie</b> <b>Fritz Jaekel</b> Drogen — Farben Parfümerien Spirituosen, Sämereien 26794	<b>Kolonial- und Textilwaren</b> <b>GUSTAV MUTSCHER, Nr. 22</b> 27424
<b>Bischofswerdaer Käseerei</b> Inh.: <b>Bruno Pretzsch</b> Täglich frische Milch, Butter Sahne und Käse 27427	<b>WALTER MIETHE</b> fl. Fleisch- u. Wurstwaren Spez.: fl. Aufschnitte, Neustädter Str. 11 27464	<b>SCHUHHAUS ELSENER</b> Mechan. Reparaturwerkstatt 27426	<b>KUTSCHKE'S ERBEN</b> Gasthof / Konzert- und Ballsaal / Arbeiterheim 27425
<b>Grünwaren — Fischhandlung</b> Kleine Markthalle Bautzner Straße 1 27480	<b>Einkehrhaus Felsenkeller</b> Neustädter Str. 10 — Radfahrstation — II. Bier 27425	<b>HERMANN KNÖFEL</b> Kolonialwaren, Delikatessen und Konserven. Radeberger Straße 26753	<b>TAUBENHEIM</b> Fahrzeuge u. Maschinenhandlung, elektr. Artikel Taubenheim Richard Wagner Bohlen 27427
<b>Gehr. Lehmann, Färberei u. chem. Waschanstalt</b> Tel. 265 — 211e, Zuzüge billig und schnell 27420	<b>GASTWIRTSCHAFT — FLEISCHEREI</b> <b>ERWIN ZIEGENBALG</b> Bautzner Straße 5 27401		